

BILDUNG REAL

Das Magazin des Verbandes Deutscher Realschullehrer und der Lehrkräfte an Schulen im Sekundarbereich

„Der schöne Schein“ – „Die triste Wirklichkeit“

6 | Politische Bildung in der Schule



15 | **WÄHLEN AB 16?**
Die Parteien sind sich uneins

22 | **„GLÜCKSUNTERRICHT“**
Susanne Gerdon und
Katja Verlohner im Interview

26 | **DEN STAAT NEU DENKEN:**
dbb fordert schnellere Digitalisierung

INHALT



6 *Bildungsaufgabe und Schulfach:
Wie steht es um die Politische Bildung?*



15 *Mit 16 Jahren bereit für politische
Mitbestimmung? Wir fragten nach ...*



22 *Lernen fürs Leben – schuleigene
Wahlpflichtfächer erlauben Spielraum
im Lehrplan ...*

EDITORIAL	4
KOMMENTAR DES VDR-BUNDESVORSITZENDEN JÜRGEN BÖHM	
Bewältigung der Corona-Krise: Lehrkräfte zwischen allen Stühlen	5
SCHWERPUNKT-THEMA	
„Politische Bildung: „Der schöne Schein“ – „Die triste Wirklichkeit“ Corona-Krise deckt auf: Politische Bildung in der Schule steckt in der Krise!	6
3 FRAGEN AN JÜRGEN BÖHM	12
PROBLEMFALL BILDUNGSSPRACHE	
Wirtschaft und Politik sprachsensibel vermitteln	13
WÄHLEN AB 16?	
Die Parteien sind sich uneins. Unsere Befragten ebenso	15
POLITISCHE BILDUNG AN SCHULEN	
OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ bescheinigt Bundesrepublik überdurchschnittliche Leistungen	19
BEISPIELE MACHEN SCHULE	
„Glücksunterricht“ an der Realschule plus, Kandel	22
„Lebensgestaltung“ an der Paul-Gillet-Realschule plus Edenkoben	24
dbb JAHRESTAGUNG 2021	
„Den Staat neu denken ...“	26
KMK-PRÄSIDENTIN DES JAHRES 2021 KOMMT AUS BRANDENBURG	
„Qualität digitalisierten Unterrichts“ soll Schwerpunktthema in Britta Ernsts Amtszeit werden	30
VORSTELLUNG DER „S3-LEITLINIE“ ZUR ABWEHR VON SARS COV-2-ÜBERTRAGUNGEN IN SCHULEN	32

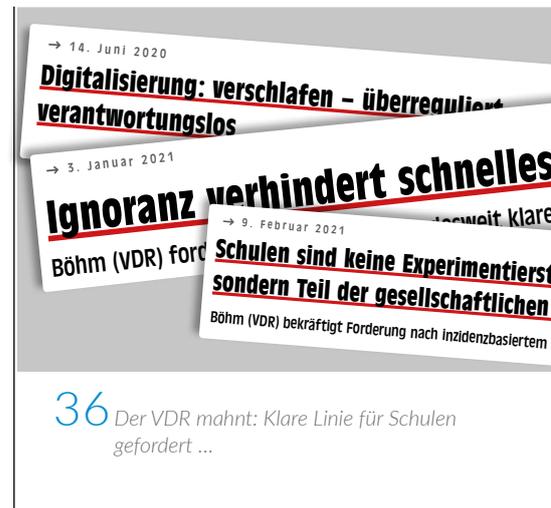
Foto: Adobe Stock

Foto: Adobe Stock

Material für Bildkomposition auf Seite 1: Adobe Stock

INHALT

VDR-LÄNDERSPIEGEL	34
EIN JAHR CORONA IM PRESSESPIEGEL DES VDR	36
NACHRUF Der VDR trauert um Ehrenvorsitzenden Hans Thielen	40
TIPPS, TERMINE, TAGUNGEN	41
IMPRESSUM	42



Redaktions- und Anzeigenschluss für die
Ausgabe 3-4/2021 ist der 3. Mai 2021

Anzeige

DAS FÜREINANDER ZÄHLT

Der wahre Wert einer Gemeinschaft
zeigt sich in schwierigen Zeiten.

DebeKa

Versichern und Bausparen
Traditioneller Partner
des öffentlichen Dienstes

(08 00) 8 88 00 82 00
www.debeka.de

Facebook Instagram Twitter YouTube X



Karlheinz Kaden,
Chefredakteur „Bildung Real“

„Jede gravierende Krise prüft den Zustand der Welt ...“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auf den folgenden Seiten stellen Ihnen die für dieses Heft Verantwortlichen wesentliche Grundlagen und Ziele der politischen Bildung in der Schule vor und verdeutlichen an unterschiedlichen Beispielen und in unterschiedlichen Formaten Strategien zu ihrer Umsetzung. In seinem Grundsatzbeitrag erklärt Anton Huber die besondere Affinität der politischen Bildung zur repräsentativen Demokratie in Deutschland aus der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte heraus, macht dann aber – beginnend mit den Sechziger-Jahren des vergangenen Jahrhunderts – auf eine Reihe von Fehlentwicklungen aufmerksam, deren innere Widersprüche die – sicherlich unverdächtige – Bundeszentrale für politische Bildung unter der Überschrift „Der schöne Schein – Die triste Wirklichkeit“ zusammengefasst hat. Huber verweist in seinem zeithistorischen Diskurs auf markante Stufen dieser Entwicklung: Die außerparlamentarische Opposition von 1968, der G-20-Gipfel in Hamburg oder die Behinderungen gerichtlich genehmigter Abholungen im Dannenröder Forst des vergangenen Jahres.

Während die APO nur Toleranz „von Gewalt gegenüber Sachen“ hinzunehmen vorgab, berufen sich die Aktivisten von heute auf den Artikel 20 des Grundgesetzes und seinen Absatz 4, wonach einem jeden Deutschen das Recht zum Widerstand zusteht, sollte jemand die bestehende Ordnung beseitigen wollen. Huber ist zuzustimmen, wenn er hinter dieser Betrachtungsweise ein eklatantes Verwechseln von Widerstands- und Demonstrationsrecht erkennt.

Diese Entwicklung sieht der Verfasser sogar in aktuellen akademischen Lehrwerken zur Lehrerbildung angekommen und kritisiert, „es sei schwer zu akzeptieren, dass bei der Vorbereitung junger Menschen für ein erfülltes Leben in unserer Gesellschaft die höchste Form der Demokratischen Kompetenz in einem „postkonventionellen Niveau moralischen Urteilens und Handelns“ liegt.“

Weitere Autoren und Ansprechpartner widmen sich in diesem Heft spezifischen Einzelfragen der politischen Bildung. VDR-Bundesvorsitzender Böhm sieht im Gedenktag zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz einen wichtigen Ansatzpunkt zum Aufzeigen verheerender Fehlentwicklungen und zur Entwicklung eines Gefahrenbewusstseins für die Demokratie.

Bernd Karst erörtert mit ehemaligen Schülerinnen und Schülern auf den Seiten 15 bis 18 argumentativ Pro- und Contra-Entscheidungen für ein Wahlmindestalter, Raja Reble, Germanistin in Kiel, liegen die sprachlichen Mindestanforderungen am Herzen, die in der Sekundarstufe I zur Vermittlung und Verarbeitung politischer Sachverhalte erforderlich sind. Waltraud Erndl berichtet schließlich von den „Juniorwahlen“ an ihrer Schule, einem Projekt, das auf eine Initiative des Europäischen Parlamentes in Straßburg zurückgeht und sich in den zurückliegenden Jahren zu einem der größten politik-didaktischen Vorhaben auf europäischer Ebene entwickelt hat.

Ergibt sich aus der pessimistischen Einschätzung der eingangs zitierten Bundeszentrale für politische Bildung und den als erfolgreich geschilderten Einzelbeispielen – von Gedenkstättenbesuchen bis zu Juniorwahlen – also ein Widerspruch? Nicht zwingend! Zu Hoffnung gibt der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht (BVG), Prof. Dr. Udo Di Fabio, Anlass. In einem sehr lesenswerten Beitrag in einer bedeutenden deutschen Tageszeitung führte er im beschriebenen Kontext aus: „Jede gravierende Krise prüft den Zustand der Welt. Sie testet die Kraft ihrer Ordnung, die Fähigkeit, mit den Folgen umzugehen, sich als lernfähig zu erweisen. Hier ist auf der Habenseite einiges, auch Überraschendes zu verbuchen. Die Demokratien sind nicht so lasziv, so undiszipliniert, so granular, wie ihre autoritären Gegner vermuten oder heimlich hoffen. Auch die Reaktionsfähigkeit von Regierungen und Verwaltungen ist besser als ihr Ruf. Der deutsche Föderalismus hat sich bewährt, einigermaßen koordiniert untereinander und mit Berlin verbunden. ... Auch wenn manche Demokratien mit populistischen Beimischungen anfänglich nicht ganz trittsicher wirkten: insgesamt schlägt sich in der Pandemie das Modell der liberalen Demokratie überraschend gut. Jetzt gilt es, mit den nächsten Schritten Leben zu schützen und dabei schonend mit den Grundlagen der freien Gesellschaft umzugehen.“

Herzlichst
Ihr Karlheinz Kaden



Ein Kommentar des
VDR-Bundesvorsitzenden
Jürgen Böhm

BEWÄLTIGUNG DER CORONA-KRISE

LEHRKRÄFTE ZWISCHEN ALLEN STÜHLEN



Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit einem Jahr begleitet die Pandemie unser gesellschaftliches und privates Leben. Die Auswirkungen der Krise auf die Bildung in unserem Land verlangten und verlangen allen Beteiligten enorme Anstrengungen ab. Die politisch Verantwortlichen schwankten in der Einschätzung der Folgen der Pandemie zwischen Ignoranz, Untätigkeit, Wegducken und teilweise extremen Forderungen in Bezug auf Gesundheitsschutz und Organisierbarkeit. Insgesamt hat die KMK, als Gremium der Landeskultusminister, ein denkbar schlechtes Bild abgeliefert. Ja, die Entscheidungshoheit der Kultusminister der Länder wurde zunehmend auf die Ministerpräsidenten der Länder übertragen, die teilweise nach Gutdünken entschieden. Selbst die Warnungen der Bundeskanzlerin und der Wissenschaft wurden sowohl im Herbst 2020 und auch Anfang Februar 2021 in Bezug auf Schulen und Bildungseinrichtungen ignoriert. Viel zu lang wurde das Märchen von der Nichtübertragung des Virus durch Kinder und Jugendliche in Bildungseinrichtungen aufrecht-erhalten.

AUFSCHLAG – VDR-POSITIONEN KLAR KOMMUNIZIERT

Von Anfang an hat der VDR hier klar und deutlich Stellung bezogen, wurde gehört und vertrat seit 5. März 2020 eine eindeutige Linie der Bewältigung der Krise in den Medien. (Siehe VDR-Pressepiegel auf S. 36 ff. dieser Ausgabe.)

Nach dem Abschwellen der ersten Welle der Pandemie im Frühsommer 2020 wurde die Zeit nicht genutzt, sich auf die zweite Welle im Herbst vorzubereiten. Schulen wurden mit Schutzmaßnahmen alleingelassen und die Schulbaumängel der vergangenen Jahre offenbarten sich. Lüftung war die einzige Lösung – ein schwacher Trost für die Betroffenen. Die Versorgung mit Masken, Luftreinigungsanlagen oder Tests wurde im Sommer und Frühjahr 2020 schlicht verschlafen.

ABGESANG – DAS VERSAGEN DER KULTUSBÜROKRATIE

Die Schwächen einer halbherzig vorangetriebenen Digitalisierung der Schulen lagen bereits im März 2020 auf dem Tisch. Nicht nur fehlende moderne digitale Endgeräte und deren Finanzierung waren und sind das Problem. Vor allem war und sind es die rückständige digitale Infrastruktur mit den fehlenden rechtssicheren digitalen, pädagogischen Plattformen, die derzeit in der Coronakrise zutage treten. Die Mittel des bundesweiten Digitalpaktes werden von Bürokratiemonstern und Antragsvorschriften zurückgehalten. Bis Ende Dezember verschärfte sich die Ignoranz der Kultusminister derart, dass das Infektionsgeschehen in den Schulen völlig ausgeblendet wurde. (Interview Böhm news4teachers)

Auch bei Inzidenzwerten weit über 200 wurden Schüler und Lehrkräfte in den Präsenzunterricht geschickt und somit die Ver-

breitung des Virus billigend in Kauf genommen. In Hamburg bastelte sich ein Bildungssenator eine Studie zur Ungefährlichkeit des Virus bei Schülern, die nicht einmal das Papier wert war, auf die sie gedruckt wurde. Und das war kein Einzelfall.

Die Warnungen der Virologen wurden überhört, Lehrkräfte, Schüler und deren Eltern einer zusätzlichen Gefahr ausgesetzt. Aber steigende Inzidenzwerte wurden ignoriert, eindeutige Stufenpläne abgelehnt und permanent uminterpretiert. (Seite 36 ff.)

Im sogenannten Lockdown-light, der Anfang November begann, wurden die Schulen explizit ausgenommen. Kurz vor Weihnachten war sie dann da, die zweite Welle. Alles wieder zu!

Seit Beginn des Jahres sind nun der überwiegende Teil der Schülerinnen und Schüler in Deutschland im Distanzunterricht.

AUSBLICK – FEBRUAR/MÄRZ 2021

Zaghafte und immer noch nicht durch eindeutige inzidenzbasierte Stufenpläne abgesichert, öffnen die Länder die Schulen. Jedes Land kocht sein eigenes Süppchen und gefährdet die Gesundheit der Schüler und Lehrkräfte.

Wer immer noch das Infektionsgeschehen an den Schulen von der gesamtgesellschaftlichen Realität und anerkannten Grenzwerten abkoppelt, der hat es nicht begriffen und riskiert eine dritte Welle mit diversen Mutationen. Schrittweises Öffnen mit Augenmaß ist jetzt gefragt

Die Belastungen und erbrachten Leistungen der Lehrkräfte in allen Phasen der Pandemie wurden in der öffentlichen Diskussion eher ignoriert, teilweise wurden sie schlechtgeredet oder waren oft nur wahlkampforientierte Lippenbekenntnisse im anstehenden Bundestagswahlkampf. Die Systemrelevanz der Lehrerinnen und Lehrer wurde einigen Verantwortlichen erst bewusst, als sich die Eltern massiv für die Bildung der heranwachsenden Generation Luft machten. Noch immer werden Lehrkräfte nicht bei den anstehenden (?) Impfungen priorisiert. Noch immer wird Distanzunterricht nicht als vollwertiger und als viel aufwändiger zu organisierender Unterricht anerkannt. Noch immer wird über die Streichung von Ferien gefaselt.

Wer jetzt die Qualität aller Schulabschlüsse abschwächen möchte, wer ideologische Grabenkämpfe über Noten und Leistung unter dem Mantel von Corona führen will, der riskiert die Bildung in unserem Land und den Ruf Deutschlands als Bildungsnation.



Text: Jürgen Böhm
info@vdr-bund.de

Politische Bildung: „Der schöne Schein“ – „Die triste Wirklichkeit“

Corona-Krise deckt auf: Politische Bildung in der Schule steckt in der Krise!

Die Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn beschreibt den Zustand der Politischen Bildung in den deutschen Schulen in ihrem Internetauftritt zum Thema „Bildungsaufgabe und Schulfach“ sehr drastisch mit den Teilüberschriften:

- „Der schöne Schein: Politische Bildung als fest etablierte schulische Bildungsaufgabe“
- „Die triste Wirklichkeit: Der Politikunterricht als randständiges Schulfach
- „Argumente zur Beschwichtigung: Politische Bildung findet doch nicht nur im Fachunterricht statt!“

<https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193595/bildungsaufgabe-und-schulfach?p=0>

Wenngleich diese provokanten Aussagen von Dr. Joachim Detjen (Politikwissenschaftler) bereits aus dem Jahr 2015 stammen, macht die Corona-Krise im Jahr 2021 unverblümt deutlich, dass sich in den zurückliegenden sechs Jahren daran nichts zum Besseren verändert hat.

Deutschland steckt in einer tiefen Krise der repräsentativen Demokratie

Im Gegenteil: In der Pandemie drängt sich angesichts der Zweifler, der Negierer, der Querdenker und Querulanten und anhaltender Demonstrationen, auch gegen „Großprojekte“, immer mehr die Frage auf, ob die politische Bildung in der Schule versagt hat und ob wir – schlimmer noch! – nicht in einer tiefen Krise der repräsentativen Demokratie selbst stecken?

Blumige Prosa über Auftrag und Ziel der Politischen Bildung reicht nicht aus!

Der Auftrag für die Politische Bildung in den allgemein bildenden Schulen ist in Nuancen je nach Bundesland unterschiedlich beschrieben. Alle Beschreibungen stützen sich auf einen Konsens, der von der KMK als „Demokratieerziehung“ unter „weitere Unterrichtsinhalte“ im Bildungsauftrag zusammengefasst ist. Sie, die Demokratieerziehung, steht dabei eher nebensächlich bzw. gleichrangig neben Anliegen wie Berufliche Orientierung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Europabildung, Gesundheitserziehung, Holocaust und Nationalsozialismus, Interkulturelle Bildung, ... Die KMK schreibt einleitend dazu: „Mit Beschlüssen und Empfehlungen zu einzelnen Unterrichtsinhalten unterstreicht die Kultusministerkonferenz die Bedeutung, die diesen Themen in der Schule zukommt. Dabei handelt es sich i. d. R. um fächerübergreifende Unterrichtsinhalte, ...“ <https://www.kmk.org/themen/allgemeinbildende-schulen/weitere-unterrichtsinhalte.html>

Pädagogen fragen sich seit Jahrzehnten, ob man damit dem Anliegen der Politischen Bildung als zentralem Bestandteil der Allgemeinbildung mit dem Ziel, junge Menschen zu einem eigenverantwortlichen, selbstbestimmten Handeln zu erziehen, gerecht wird (siehe dazu die anbei abgedruckten Auszüge aus dem Beschluss der Kultusministerkonferenz „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis ...“ von 2018). Nicht wenige Pädagogen verneinen den Erfolg dieses Konzepts. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass in allen Bundesländern Leitfächer für die Politische Bildung wie Geschichte, Geschichte/Sozialkunde, Geschichte/Politik/Geographie, Wirtschafts- und Sozialkunde, Wirtschaft und Recht, ... bestehen und eigenständige Fächer – etwa Sozialkunde – eingerichtet wurden, stellen Lehrkräfte immer wieder einen übergroßen Mangel an Möglichkeiten fest, dem zentralen Anliegen der Politischen Bildung gerecht zu werden. Vor allem monieren Lehrkräfte die fehlende Unterrichtszeit für das überaus bedeutsamen Bildungsanliegen.



Auszüge aus „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 6. März 2009 i. d. F. vom 11. Oktober 2018)

„ ...

Der freiheitliche demokratische Staat lebt von Voraussetzungen, die er als Staat allein nicht garantieren kann. Er ist darauf angewiesen, dass Bürgerinnen und Bürger aus eigener Überzeugung freiwillig im Sinne der Demokratie handeln. Historisch politische Urteilsfähigkeit und demokratische Haltungen und Handlungsfähigkeit als Schlüsselkompetenzen müssen entwickelt und eingeübt werden.

Dies muss in vielfältiger Weise Teil des Schulalltags sein. Ziel der Schule ist es daher, das erforderliche Wissen zu vermitteln, Werthaltungen und Teilhabe zu fördern sowie zur Übernahme von Verantwortung und Engagement in Staat und Gesellschaft zu ermutigen und zu befähigen...

Eine zentrale Grundlage demokratischen Lernens ist die schulpraktische Anwendung des Beutelsbacher Konsenses ...“

https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Staerkung_Demokratieerziehung.pdf

Natürlich ist den Verantwortlichen in den Schulen bewusst, dass die Schule nur eine Instanz politischer Sozialisation neben vielen anderen ist. Klar ist aber auch, dass insbesondere die Schule alle Schüler erreicht und dem Neutralitätsgebot, beschrieben im Beutelsbacher Konsenses, besonders verpflichtet ist. Aber die Schule steht unter den Bedingungen der modernen Medien- und Kommunikationswelt in wachsender Konkurrenz zu vielen anderen Einflussfaktoren („heimliche Erzieher“) wie (soziale) Medien, aber auch zu NGOs (Non-governmental organisations) u.v.m. Eine wachsende Zahl an weltanschaulich unterschiedlich ausgerichteten Institutionen beeinflusst heute die politische Bildung in Deutschland und trägt zur politischen Willensbildung positiv wie negativ bei. Die kaum noch überschaubare Vielfalt verursacht Unsicherheit sowie Anfälligkeit für „alternative Fakten“, Manipulation und Verschwörungstheorien. Fatale Entwicklungen sind: Fundamentalopposition, linker wie rechter Extremismus, Antisemitismus oder in diesen Tagen im Sammelbecken der Corona-Leugner so genannte „Querdenker“.

Pädagogen, die sich dem sehr wichtigen Ziel der Politischen Bildung bzw. der Demokratieerziehung (KMK) verpflichtet fühlen, können die in der bpb-Publikation verwendeten Ausdrücke

„Der schöne Schein“ – „Die triste Wirklichkeit“ nur bestätigen.

Es reicht bei weitem nicht aus, das Bildungs- und Erziehungsanliegen „Demokratieerziehung“ in blumigen Worten, etwas im zitierten 13-seitigen KMK-Beschluss zu beschreiben. Vor allem deshalb, weil man sich offensichtlich kaum Gedanken darüber macht, in welcher Unterrichtszeit und in welchem schulischen Rahmen das Anliegen umgesetzt werden soll.

Medial verwertbare „Schaufensterprojekte“ helfen dabei nicht weiter – sie bleiben potemkinsche Dörfer. Die Wirklichkeit ist nicht nur trist, sie ist besorgniserregend und die Fehlentwicklungen haben sich im Nachkriegsdeutschland über die Jahrzehnte hinweg angedeutet. So gesehen spiegelt die Schule jetzt in der Corona-Krise wie im Brennglas gesellschaftliche (Fehl-)Entwicklungen wider.

Die Fehlentwicklungen in der Politischen Bildung haben sich über Jahrzehnte angedeutet!

Will man die Situation der politischen Bildung heute beurteilen, ist ein kritischer Blick auf die politischen Verhältnisse in den gut 70 Jahren im Nachkriegsdeutschland unverzichtbar. West-Deutschland hat sich, beeinflusst von den drei alliierten Besatzungsmächten mit dem Grundgesetz von 1949 für die Herrschaftsform der repräsentativen Demokratie in Form eines parlamentarischen Regierungssystems entschieden. Politische Entscheidungen und die Kontrolle der Exekutive (Regierung) gehen dabei nicht unmittelbar vom Volk aus, sondern von einer Volksvertretung (Parlament). Die Bevölkerung kann ihre demokratischen Rechte über die Beteiligung an Wahlen und die Mit-



wirkung in Parteien, Verbänden und Initiativen umsetzen – so war es ursprünglich gedacht. Das bedeutet: Unmittelbare Entscheidungsbefugnisse haben nicht die Bürger selbst, sondern die Volksvertretungen.

Die Bundeszentrale für Politische Bildung schreibt zum „Beutelsbacher Konsens“, dass dieser „... besonders für die formale politische Bildung auf drei zentrale didaktische Leitgedanken verweist“:

1. Überwältigungsverbot
2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.
3. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, ...“

<https://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>

Die repräsentative Demokratie hat in Deutschland im Vergleich eine relativ kurze Geschichte. Kaum schien sie in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts gefestigt, geriet sie am Ende des 20. Jahrhunderts in eine ernsthafte Krise, die in der Corona-Pandemie offener als je zuvor zu Tage tritt. Jetzt in der Krisensituation zeigt sich für jedermann sichtbar, wie verletzlich die repräsentative Demokratie in den westlichen Staaten ist – sogar im oft gepriesenen Mutterland USA –, dass ein zu großer Teil der Bevölkerung nicht hinter dieser republikanischen Staatsform mit demokratischem Herrschaftssystem steht.

Erste Anzeichen einer Krise zeigten sich bereits Mitte der 1960er Jahre, als die akademische Jugend ihr Unbehagen am politischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik angesichts der ersten Großen Koalition bei massiven Protesten zeigte. Das war die Geburtsstunde der APO (Außerparlamentarischen Opposition), die erstmals im Nachkriegsdeutschland die repräsentative Demokratie in Frage stellte. Mehr noch: Eine Diskussion über das Recht auf Gewalt („gegen Sachen“) setzte ein. Seither differenzieren vor allem Intellektuelle zwischen der körperlichen Gewalt, die im besten Fall noch dem staatlichen Gewaltmonopol vorbehalten ist und der Gewalt gegen Sachen, die mittlerweile annähernd bei jeder Demonstration von jedermann ausgeübt wird/werden darf, teilweise mit Schäden in Millionenhöhe, etwa beim G20-Gipfel in Hamburg im Jahr 2017. Beschönigend wird in diesem Zusammenhang (v. a. von

Journalisten) für die erklärten Feinde dieser Form der Demokratie der Begriff „Autonome“ verwendet. Tatsächlich handelt es sich hierbei im Sinne unserer Rechtsordnung um Kriminelle, die tausendfach Straftaten begehen (Gewalttätigkeit bei Demonstrationen, Hausbesetzungen, ...) und kaum zur Verantwortung gezogen werden.

Parlamentarier (gewählte Volksvertreter der repräsentativen Demokratie) sägen selbst den Ast ab, auf dem sie sitzen. Sie stellen sich unreflektiert ganz offen gegen das demokratische System.

Das zeigte sich zuletzt auch im Zuge der Klimadiskussion: Auch hier – etwa 2018 beim Hambacher Forst (Braunkohle-Tagebau) oder 2020 beim Dannenröder Forst (A49-Ausbau) – wenden Bürger ganz offenkundig Gewalt gegen Sachen an, um das Umsetzen einer Entscheidung – in einem demokratischen Prozess gefunden und rechtsstaatlich abgesichert – zu Fall zu bringen. Hier spricht man in der veröffentlichten Meinung weniger von Autonomen sondern mit positiver Konnotation von „Aktivisten“. Von der Öffentlichkeit unbewusst wahrgenommen, von den Mainstreammedien in einer wohlwollend ausgelegten Berichterstattung begleitet und vielfach gepuscht, erleben wir ganz offen Rechtsbrüche und ihre Tolerierung bis hin zum Hochstilisieren von Rechtsbrechern als Helden. Schlimmer noch: Sie werden nicht nur von Medien und Journalisten gutiert. Sogar gewählte Parlamentarier etablierter Parteien wie etwa von Bündnis90/Die Grünen heißen diese Rechtsbrüche gut. Sie erkennen dabei offensichtlich nicht, dass sie mit ihrer Haltung die Axt an unserem Rechtsstaat, ja an der repräsentativen Demokratie als solcher anlegen.

Andere Parteienvertreter wiederum legen fragwürdige Schwerpunkte in ihrem Verständnis vom staatlichen Gewaltmonopol. Dabei gewinnt man den Eindruck, man müsse den Bürger vor dem Staat schützen und nicht vor Rechtsbrechern. Das alles sind – blitzlichtartig aufgezeigt – Ereignisse und Situationsbeschreibungen, die ganz erheblich zur Orientierungslosigkeit und zur Politikverdrossenheit bei Bürgern in der repräsentativen Demokratie beitragen. Und nicht zuletzt führen diese Haltungen dazu, langfristig den Weg zu ebnen für gewaltbereite Bürgerinitiativen, medial gepuschte Aktivisten, für Querdenker, für Extremisten, für Antisemiten und am Ende für Terroristen, welche die extremste Haltung zum Gewaltmonopol zeigen.

**Große Unsicherheit im Verständnis
des „Staatlichen Gewaltmonopols“ -
75 Jahre nach Überwindung der
nationalsozialistischen Gewaltherrschaft:
Müssen Bürger in Deutschland vor dem
Staat geschützt werden oder vor Rechtsbrechern?**

So lässt sich für politische Bildung, für Demokratieerziehung in der Schule im Jahr 2021 ein höchst diffuses Umfeld konstatieren, welches über Jahrzehnte bewusst und unbewusst geschaffen wurde. Für die repräsentative Demokratie und ihre Akzeptanz sind geschürtes Misstrauen gegenüber den staatlichen Einrichtungen, schwindende Autorität staatlicher Organe, laute Rufe nach Instrumenten der direkten Demokratie und fehlende Akzeptanz für politische Entscheidungen (in einem demokratischen Prozess entstanden) geradezu existenzbedrohend.

Und wenn dann noch Parteien in Koalitionen auf Landesebene (auf Bundesebene künftig nicht auszuschließen) arbeiten, deren Vertreter in aller Öffentlichkeit auftreten mit der Aussage „Wir machen keinen Hehl daraus, dass wir eine andere Gesellschaftsordnung anstreben.“, dann müssten bei allen, die sich für den demokratischen und sozialen Rechtsstaat eintreten, die Alarmglocken schrillen. Deutlicher kann man die Krise der repräsentativen Demokratie in Deutschland nicht beschreiben.

**Politische Bildung ist ohne
gesellschaftlichen Rückhalt mit
eindeutigem Bekenntnis zur
repräsentativen Demokratie
und grundlegenden Werten
unmöglich!**

Hinzu kommen offen vorgetragene Vorschläge zur Aushöhlung der repräsentativen Demokratie, auf Parteitagen als modern und fortschrittlich diskutiert, und der Bevölkerung als Bereicherung derselben angepriesen. Gemeint sind Instrumente der direkten Demokratie wie Volksbegehren, Volksabstimmungen oder Volksbefragungen. All das sind untrügliche Anzeichen dafür, dass man in Deutschland mit dem politischen System nicht nur hadert, sondern gewillt ist, dieses fundamental zu ändern.

Kein gesellschaftlicher Konsens für Politische Bildung

Gerade in einem wie oben beschriebenen Umfeld, in welchem die Grundsätze unseres freiheitlichen Rechtsstaates in Frage gestellt werden, ist politische Bildung in der Schule zum Scheitern verurteilt. Gelingt gerade noch der Konsens, die Millionenschäden bei gewalttätigen Demonstrationen als nicht tolerierbar einzustufen, begibt sich eine Lehrkraft auf ein Minenfeld, wenn sie im Unterricht feststellt, dass Hausbesetzungen oder der Bau von Baumhäusern mit dem Ziel, Wälder vor dem Roden zu schützen, ebenfalls Rechtsbrüche sind und dass derartige „Aktivisten“ damit Straftaten begehen. Wenn also die Klarheit in der Beurteilung gesellschaftlicher Vorgänge fehlt, wenn demokratisch getroffene Entscheidungen keine Gültigkeit haben, wenn in den Medien fortlaufend vermittelt wird, man müsse den Bürger vor dem Staat schützen (nicht vor Rechtsbrechern), beispielsweise wenn Polizisten das Recht durchsetzen, dann ist es unmöglich,

„Der langjährige dpa-Journalist und Auslandskorrespondent Laszlo Trankovits sieht den Journalismus nicht nur ökonomisch, sondern auch journalistisch in einer tiefen Krise. „Von der Krankheit eines neuen Gesinnungsjournalismus ist fast die ganze Branche befallen – mit nachhaltigen Gefahren für Demokratie und Gesellschaft“, schreibt Trankovits, der über 35 Jahre lang für die dpa berichtet hat, u. a. aus den USA, dem Nahen Osten, Afrika und Italien, in einem Gastbeitrag des Meinungsmagazins Tichys Einblick. Manche Journalisten wie der Chef des WDR-Magazins Monitor, Georg Restle, machten „keinen Hehl aus ihrer bewussten Ablehnung journalistischer Standards und ihres Plädoyers für einen «werteorientierten» Journalismus“, so Trankovits. Restle hatte von „Neutralitätswahn“ gesprochen und gefordert damit aufzuhören, „nur abbilden zu wollen ... was ist“.

„Der Virus der Moralisierung hat selbst die Basis jeder journalistischen Arbeit infiziert: Auch die nachrichtliche Berichterstattung leidet unter den neuen, unausgesprochenen Geboten des Haltungsjournalismus“, kritisiert Trankovits. Selbst Nachrichtenagenturen müssten sich den Vorwurf gefallen lassen, immer wieder tendenziös zu berichten. „Auf Feldern wie der Klimadebatte und anderen grünen Themen, bei der USA-, EU- und Israel-Berichterstattung sowie der Migrations-/Flüchtlingsfrage ist es besonders augenfällig“, konstatiert der ehemalige dpa-Journalist, der heute in New York lebt. „Sowohl der Nachrichtenausstoß der Nachrichtenagenturen als auch die Nachrichtensendungen von ARD und ZDF sind in mehrfacher Hinsicht parteiisch geprägt, deutlich getragen von dem Wunsch, Haltung zu demonstrieren. Die Parteilichkeit spiegelt sich in der Themenauswahl, den Quellen, den zitierten Personen und den erläuterten Positionen.“

<https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/ex-dpa-journalist-gesinnungsjournalismus-gefaehrdet-unsere-demokratie/>: Gesinnungsjournalismus gefährdet unsere Demokratie (tichyseinblick.de)

junge Menschen für den freiheitlichen demokratischen Staat zu gewinnen. Oder wie die KMK das formuliert: „Ziel der Schule ist es daher, das erforderliche Wissen zu vermitteln, Werthaltungen und Teilhabe zu fördern sowie zur Übernahme von Verantwortung und Engagement in Staat und Gesellschaft zu ermutigen und zu befähigen.“

Hinzu kommt, dass Politische Bildung in unserer demokratisch verfassten Ordnung fortwährend in die Ecke des Misstrauens gerät, weil der repräsentativen Demokratie als solche tiefes Misstrauen entgegengebracht wird, besonders geschürt über Misstrauen gegenüber den Entscheidungsprozessen sowie gegenüber den staatlichen Institutionen, die für ihre Umsetzung sorgen sollen. Auch Lehrkräfte geraten zusehends in derartige Konflikte, ohne dass ihnen der Rücken gestärkt wird (Beispiel: Durchsetzen der Maskenpflicht im Unterricht). Ebenso wie Polizisten haben Lehrkräfte kaum Rückhalt bei vielen Verantwortlichen der Exekutive und schon gar nicht bei bestimmten Parteien. Immer mehr fehlt den staatlichen Einrichtungen, ob Jugendamt, Schule, Polizei oder Kommunalverwaltung die Unterstützung dafür, dass in einem demokratischen Rechtsstaat

Gesetze auch dann vollzogen werden müssen, wenn sie den eigenen Vorstellungen widersprechen. Vielfach bleibt es bei Lippenbekenntnissen, rechtsfreie Räume (No-Go-Areas) entstehen, Clan-Kriminalität bleibt annähernd unbehelligt, Hausbesetzungen, Waldbesetzungen, das Stürmen von Industrieanlagen, das Eindringen in fremdes Eigentum (z. B. Tierschützer) wird nicht nur toleriert, sondern als heldenhaft dargestellt. Die schleichende „Entmachtung“ staatlicher Einrichtungen setzt sich weiter fort.

In einer Situation, in welcher Gesetze nicht mehr vollzogen werden und ggf. von Gerichten eher selbstgefällig – fern jeder praktischen Vernunft – ausgelegt werden, ist es unmöglich, Schüler vom Wert der Gewaltenteilung (Legislative, Exekutive, Judikative) zu überzeugen. Verschärft wird das Problem dadurch, dass die vierte Macht im Staat, die Medien, eine Machtfülle angehäuft hat, die in ihrem Ausmaß und unkontrollierten Einfluss von den Vätern des Grundgesetzes nicht vorhersehbar war. Unter dem Deckmantel der Presse- und Meinungsfreiheit trägt die vierte Macht gegenwärtig weniger, wie in der Verfassung beabsichtigt, „nur“ zu Willensbildung bei. Vielmehr noch: Man gewinnt den Eindruck, dass sie oppositionelles Denken bei fortlaufender Kritik an allem und an beinahe jedem schüren, der politische Verantwortung trägt („bad news als good news“). Damit liefern sie die Argumente für extremistisches Denken und Handeln und tragen ganz entscheidend zu Spaltung der Gesellschaft bei. Die vierte (mittlerweile zentrale) Macht im Staat bestimmt ganz massiv politische Prozesse und Entscheidungen, sie bestimmt den Mainstream. Journalisten gebärden sich als Oberlehrer, betreiben Gesinnungsjournalismus und gefährden damit unsere Demokratie, wie in TE 04-2019 der NZZ zu lesen steht (siehe Zitat auszug im Kasten). Immer lauter ist der Ausdruck „Lügenpresse“ zu hören. Geschürt werden Skepsis, Orientierungslosigkeit und Unsicherheit zudem durch die Gefälligkeitswissenschaft, die Politikern und Medien bzw. Meinungsmachern zuarbeitet. Zur Krise des Journalismus gesellt sich eine Krise der (Sozial-)Wissenschaft. Bei vielen Bürgern festigt sich der Eindruck, dass man im gegenwärtigen politischen System mehr oder weniger unverblümt entmündigt und angeleitet wird. Über die Medien (v. a. öffentlich-rechtliche) findet eine Dauerbelehrung darüber statt, was und wie und man zu denken und zu handeln habe, um ein guter Mensch zu sein. Gerade das aber ist nach den Erfahrungen im Nazideutschland ein besonders guter Nährboden für Misstrauen in das politische (gesellschaftliche) System.

Eine aktuelle Analyse zum Stand der Politischen Bildung macht Mut – schreckt aber auf!

Die angedeutete Krise des demokratischen Systems macht sich nicht nur in der praktischen Politik bemerkbar. Sie wird begleitet von äußerst bedenklichen Strömungen in der Wissenschaft. Das zeigte sich bei der Vorstellung des jüngsten vbw-Gutachtens vom AKTIONSRATBILDUNG am 28. März 2020.

Der Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) Wolfram Hatz führte angesichts der Corona-Krise u. a. aus:

„Demokratien hingegen setzen in der Krise darauf, dass die Bürger umfassend informiert werden, Verständnis für staatliche Maßnahmen zeigen und aus Überzeugung mit den Behörden zusammenarbeiten.“

- Information statt Indoktrination,
- Kenntnisvermittlung statt Kontrollwahn,



- Einsicht anstatt Einschüchterung.

Das ist die Devise der Demokratie!

Als vbw sind wir überzeugt: Die Demokratie ist die beste politische Ordnung, um die Corona-Krise auch ökonomisch nachhaltig zu überwinden und die großen Zukunftsherausforderungen zu meistern! Auch deshalb werden wir uns weiterhin für unser demokratisch-freiheitliches System stark machen. Gerade heute zeigt sich: Wir müssen in unserer Gesellschaft

- kritisches Denken fördern,
- bürgerschaftliches Engagement forcieren,
- und dazu auch die Demokratiebildung fortentwickeln.

Jetzt ist die richtige Zeit dafür!“

Das zehnköpfige, bundesweite Expertengremium vom AKTIONSRATBILDUNG kritisiert vor allem ein mangelndes Demokratieverständnis sowohl bei Kindern und Jugendlichen als auch bei Erwachsenen. Das sei gefährlich, „denn die fehlende demokratische Kompetenz mache junge Menschen empfänglich für Fake-News oder populistische Parteien und Thesen von links und rechts“. Deshalb habe man sich mit der Thematik befasst und fordere einen besseren Politikunterricht, sowohl in der Quantität als auch in der Qualität.

Für die Sekundarstufe gab der Aktionsrat folgende Handlungsempfehlungen:

1. Bildung zu demokratischer Kompetenz als Schulprinzip und als fächer-übergreifendes Prinzip.
2. Erhöhung der Qualität des Fachunterrichts.
3. Professionalisierung des Personals.
4. Etablierung eines systematischen Monitorings.

Prof. Dr. Bettina Hannover beschrieb in ihren Ausführungen die entwicklungspsychologischen Aspekte der Förderung Demokratischer Kompetenz. Sie führte u. a. aus, dass sich Demokratische Kompetenz „erst relativ spät in der Biografie eines Menschen vollständig erworben (werde)“... „Erst im Alter zwischen vier und neun Jahren können sich die Kinder mental in die Perspektive einer anderen Person hineinversetzen. Perspektivübernahme ist eine Voraussetzung demokratischer Kompetenz, denn Demokratie bedeutet immer, dass wir verschiedene Sichtweisen anerkennen und versuchen miteinander zum Ausgleich zu bringen.“ Eng verknüpft sei damit die Fähigkeit zur Empathie, „d. h. das Vermögen, die Gefühle einer anderen Person nachzuempfinden. Empathiefähigkeit zeigt sich insbesondere darin, wenn Kinder auf das negative Erleben einer anderen Person mit Mitgefühl reagieren, denn dieses reduziert nachweislich ihre Bereitschaft, sich aggressiv gegenüber anderen zu verhalten und fördert nachweislich ihr prosoziales Verhalten.“

Art. 20 Grundgesetz

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) 1 Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. 2 Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beeinträchtigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.



In der mittleren Kindheit komme, so Hannover, eine weitere Voraussetzung hinzu, nämlich moralische Urteils- und Handlungsfähigkeit. „Äußere Normen und Vorgaben werden zu inneren Normen und Vorgaben, an denen die Person ihr Handeln ausrichtet und ihr Handeln bewertet.“ In der späten Kindheit und im Jugendalter erreichen die Menschen das sogenannte konventionelle Niveau moralischen Urteilens und Handelns. „Kinder und Jugendliche richten sich in dieser Altersphase nach sozialen Konventionen aus, in moralischen Konfliktsituationen achten sie also darauf, was ihre soziale Gruppe meint oder was nach ihrer Auffassung in der Gesellschaft für richtig gehalten wird.“ In dieser Zeit setzt auch in der Schule der Fachunterricht in Politischer Bildung ein (7. bzw. 8. Jahrgangsstufe), das Ziel: „Vermittlung politischen Wissens und deren Berücksichtigung im eigenen Argumentieren und Schlussfolgern. Erste Formen politischer Einstellungen und politisch aktiven Verhaltens entstehen.“ Ein weiteres Ziel der Politischen Bildung sei es dabei aber auch, die moralische Entwicklung der jungen Leute voranzutreiben.

Das „höchste“, das sogenannte postkonventionelle Niveau moralischen Urteilens und Handelns werde, so Hannover, nur von ca. 30 Prozen der Erwachsenen erreicht. „Die Menschen machen universell gültige Prinzipien oder Werte zur Richtschnur ihres Handelns, Beispiele sind Gerechtigkeit, Gleichheit, Würde des Einzelnen, also letztlich demokratische Werte.“ Ein Großteil der Erwachsenen bleibe auf dem Niveau des konventionellen Urteilens und Handelns, das sei nach Hannover kritisch zu sehen, weil sie in moralischen Konfliktsituationen ihr Verhalten an sozialen Konventionen ausrichten. Dem interessierten Beobachter und Pädagogen sei hier die Frage erlaubt, ob diese Bewertung von Frau Prof. Hannover und offensichtlich des Expertengremiums insgesamt akzeptabel ist:

**Beruhet eine Demokratie nicht gerade darauf,
dass nicht eine jede Person für sich selbst
entscheidet, was gerecht und gleich ist und
was die Würde des Einzelnen ausmacht, sondern
die Gesellschaft insgesamt
darüber befindet?**

Einem Pädagogen/einer Pädagogin, welche(r) im Rahmen der Politischen Bildung für die repräsentative Demokratie mit Dreiteilung der Staatsgewalt, dem staatlichen Gewaltmonopol, Parlamentarismus, ... werben soll fällt es schwer zu akzeptieren, dass

bei der Vorbereitung junger Menschen für ein erfülltes Leben in unserer Gesellschaft die höchste Form der Demokratischen Kompetenz in einem postkonventionellen Niveau moralischen Urteilens und Handelns liegt. Mit dieser wissenschaftlichen Aussage stellt man das System der Demokratie, aber auch das Grundgesetz auf den Kopf. So urteilend würde auch der Sturm auf das Kapitol in Washington D.C. am Nachmittag des 6. Januar 2021 zu rechtfertigen sein. Denn wer bestimmt das postkonventionelle Niveau moralischen Urteilens und Handelns?

Offensichtlich nimmt der AKTIONSRATBILDUNG hierbei – wie so viele in unserer Gesellschaft fälschlicher Weise – Bezug auf das Widerstandsrecht, welches in Art. 20, Abs. 4 des Grundgesetzes festgeschrieben steht. Es postuliert ein naturrechtlich gegebenes Recht jedes Menschen, sich unter bestimmten Bedingungen gegen staatliche Gesetze oder Maßnahmen aufzulehnen bzw. ihnen den Gehorsam zu verweigern. Aber diese Gehorsamsverweigerung hat sehr enge Grenzen und ist nur dann anzuwenden, wenn gegen die in den Absätzen 1 bis 3 beschriebene Ordnung beseitigt würde. Das ist jedoch in Deutschland bisher nie der Fall gewesen.

Das Widerstandsrecht wird somit nicht nur aktuell sondern seit Jahrzehnten missbraucht und mit dem Demonstrationsrecht verwechselt. Mit der Begründung, auf postkonventionellem Niveau moralischen Urteilens und Handelns zu agieren, handeln gerade „Aktivisten“ mit einer höchst fragwürdigen Legitimation, wenn sie in fremdes Eigentum eindringen, Gewalt gegen Sachen – aber nicht nur – anwenden, oder rechtsstaatliche (Mehrheits-) Entscheidungen einfach negieren – Widerstand leisten – und dafür in der veröffentlichten Meinung noch als Helden präsentiert werden.

Ja, „Die triste Wirklichkeit“ der Politischen Bildung in Deutschland, in den westlichen Demokratien insgesamt, macht nachdenklich und nicht von ungefähr erdreisten sich totalitäre Staaten wie Russland und China immer offener auszusprechen, dass ihr politisches System, fern jeglicher demokratischer Strukturen, den westlichen Herrschaftssystemen einer Volksherrschaft in den aktuellen Krisensituationen deutlich überlegen ist. Die Krise der Politischen Bildung ist zugleich eine Krise der Demokratie, die Herrschaftsform, die wir selbst zunehmend aushöhlen, weil vielen in Deutschland in Politik und Gesellschaft – getrieben vom Motiv der Machterhaltung oder des Machterwerbs – das Verständnis für die Grundlagen der repräsentativen Demokratie abhanden gekommen ist – leider!



Text: Anton Huber
antonius.pahu@gmail.com

3

FRAGEN AN JÜRGEN BÖHM



1 Am 27. Januar wurde der Opfer des Holocaust gedacht. Grund genug, um darüber zu reden, ob Schulen zu Besuchen in Gedenkstätten verpflichtet werden sollen. Was denken Sie darüber, Herr Böhm?

Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, dass im Rahmen des Geschichtsunterrichts jeder Schüler in Deutschland eine der Gedenkstätten für die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur in unserem Land besucht. Entscheidend ist für mich, dass diese Besuche entsprechend mit den jungen Menschen vorbereitet und besprochen werden bzw. diese historisch und gesellschaftspolitisch eingeordnet werden können. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, das Erkennen von gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, das Bewusstsein über Gefahren, die mit der Missachtung demokratischer Grundrechte einhergehen und der große Wert unserer parlamentarischen Rechtsordnung werden dadurch verdeutlicht und den jungen

Menschen veranschaulicht und ihnen der Wert unserer Demokratie vor Augen geführt.

Gar nichts halte ich davon, diese Besuche einfach im Jahresplan einer Schule abzuhaken und reine Symbolpolitik zu betreiben oder „Ausflüge“ anzubieten.

Der Bezug zur Geschichte unseres Landes, zu unseren Werten muss der Jugend von den Lehrkräften auf der Basis von Fakten und Wissen emotional nahegebracht werden. Nur so gelingt es uns den Jugendlichen in einer sich rasant entwickelnden Gegenwart, mit vielen extremistischen, radikalen und materiellen „Verlockungen“ und „Versprechungen“ den Wert von Freiheit, Demokratie und Grundrechten zu verdeutlichen.

2 Auch durch die Corona-Krise brechen extreme politische Richtungen in der Gesellschaft auf. An Schulen wird häufig eine absolut neutrale Haltung der Lehrkräfte gefordert. Ist das richtig?

Politische Neutralität bedeutet ja nicht ohne Meinung und ohne Grundüberzeugung zu sein. Die demokratischen Grundwerte, die Freiheit des Individuums und der hohe Wert einer parlamentarischen Demokratie sind das staatsbürgerliche Grundgerüst einer Lehrkraft. Das schließt natürlich nicht aus, dass man massiv Stellung beziehen kann. Die Demokratie und die Freiheit haben dort verloren, wo sich Lehrkräfte, Polizisten, Verwal-

tungsbeamte in der öffentlichen Diskussion zurückziehen und das Feld den radikalen Rändern überlassen. Im Unterricht muss man offensiv Diskussionen führen und diese demokratischen Werte klar vertreten. Das hat nichts mit Parteinahme für politische Gruppierungen zu tun und es darf nie zur Bloßstellung von Jugendlichen oder deren Eltern führen. Toleranz ist die große Stärke einer starken Demokratie.

3 Der Distanzunterricht erfordert eine Medienkompetenz der Jugendlichen und einen sinnvollen Umgang mit modernen Medien, wozu auch die sozialen Medien gehören. Welche Chancen oder Gefahren sehen Sie hier?

Ohne moderne Medien wäre der Distanzunterricht der letzten Wochen gar nicht möglich gewesen und noch vor 20 Jahren hätte man die Qualität des aktuellen Fernunterrichts, bei allen noch vorhandenen Problemen, niemals nur annähernd erreichen können. Schulen, die sich der modernen Kommunikation schon vor der Pandemie geöffnet hatten, hatten in den Wochen des Distanzunterrichts die wenigsten Probleme. Medienkompetenz und der Umgang mit digitalen Medien ist eine Schlüsselqualifikation in unserer Welt. Wie gehe ich als Jugendlicher mit den modernen Medien um? Wie bewältige ich die Flut an Informationen in unserer Zeit? Das ist nicht nur ein technisches Problem. Vor allem ist es eine Frage der Auseinandersetzung mit Texten, mit Sprache, mit Bildern, mit Informationen. Wer bereits im analogen Bereich an Texten scheitert, wird dies noch mehr im digitalen Raum. Wer Informationen nur im Twitter-, WhatsApp-, und Instagram-Format verteilt, wird

nie ein Problem tiefgründig analysieren. (Negativbeispiele aus der Politik sind bekannt.) Wichtig ist, dass man alle digitalen Medien gezielt einsetzt und deren Funktion und deren Wert erkennt. Noch nie konnten sich junge Menschen so schnell so viele Informationen besorgen. Die große Herausforderung ist heute das Problem der Einordnung, der Quelle, des Absenders. Nicht das Medium ist das Problem der Zukunft, sondern der Kopf dahinter. Wir müssen unsere Kinder gezielt befähigen medienkritische Gestalter zu sein, die sich nicht von den digitalen Möglichkeiten überwältigen und blenden lassen. Wissen, Kenntnisse, Selbstbewusstsein sind wichtiger denn je, gerade in einer digitalen Kommunikationsgesellschaft.



Die Fragen stellte
Waltraud Erndl
erndl@vdr-bund.de

Problemfall Bildungssprache: Wirtschaft und Politik sprachsensibel vermitteln

„Alle Lehrkräfte müssen sprachliche Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler erkennen und trainieren“



„Es gibt viele Möglichkeiten, die Schülerinnen und Schüler auch im Wirtschafts- u. Politik-Unterricht beim Erwerb der Bildungssprache zu unterstützen ...“

INTERVIEW

telte Sätze, eine unpersönliche Ausdrucksweise, passive Formulierungen, komplexe Attribute, viele Nominalisierungen. Das überfordert viele Schülerinnen und Schüler, denn diese sprachliche Variante unterscheidet sich von ihrem üblichen Sprachgebrauch. In den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern finden sich besonders viele komplexe Texte. Während in Politik viel mit schriftlichen Texten gearbeitet wird, werden bei Wirtschaftsthemen häufiger Tabellen und Grafiken eingesetzt, die Sprache ist formalisierter und es wird zum Beispiel mit Kausalketten gearbeitet. Diese verschiedenen Darstellungsformen können Kindern, die mit der Bildungssprache Probleme haben, dabei helfen, Fachinhalte zu erfassen. Für alle Fächer gilt, dass bestimmte sprachliche Kompetenzen nötig sind, um überhaupt Texte und Aufgaben richtig zu verstehen.

Worauf sollten Lehrkräfte achten?

Die Sprachentwicklung der Erstsprache ist mit dem Ende der Kindheit nicht abgeschlossen, vor allem Wortschatz, Satzbau und Textkompetenz entwickeln sich in der Sekundarstufe erheblich weiter. Erstklässler haben einen Wortschatz von 8.000 bis 14.000 Wörtern, in der Oberstufe ist dieser Wortschatz auf 80.000 Wörter angewachsen. Wichtig ist, dass auch Fachlehrkräfte die sprachlichen Kompetenzen ihrer Schülerinnen und Schüler erkennen, sie systematisch an konkreten Beispielen trainieren und nicht sagen, dafür sei nur der Deutschunterricht zuständig. Sprachdiagnostik ist mittlerweile in vielen Bundesländern Teil des Lehramtsstudiums und auch

Mit dem neuen Kernlehrplan 2020/21 startet an den Realschulen in Nordrhein-Westfalen das neue Fach Wirtschaft und Politik in Klasse 5. Für Raja Reble, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Lehrbereich für Deutsch als Zweitsprache und fachintegrierte Sprachbildung am Germanistischen Seminar der Universität Kiel liegt eine Chance des Faches darin, mit sprachsensibel verfassten Texten das Interesse an Politik und Wirtschaft zu stärken.

Sie unterscheiden Alltagssprache von Bildungssprache an einem Beispiel. Wenn sich zwei Schülerinnen über das Grundgesetz unterhalten, kann sich das so anhören: „Das ist so ... in Deutschland ... also im Grundgesetz steht, dass man sich vor Feinden ... also Gegnern der Demokratie, schützen darf.“ In einem Schultext könnte das dagegen so formuliert werden: „Das politische System der Bundesrepublik Deutschland wird vom Verfassungsgericht als wehrhafte Demokratie bezeichnet. In ihr wird die freiheitliche demokratische Grundordnung geschützt.“ Mit dieser Bildungssprache

haben viele Schülerinnen und Schüler Probleme. Woran liegt das?

Raja Reble: Bildungssprache ist im Gegensatz zur Alltagssprache auf Wort-, Satz- und Textebene komplexer und verdichtet Informationen. Das fängt mit Fachwörtern an. Für Lehrkräfte ist klar, was sie mit Demokratie meinen. Kinder und Jugendliche verstehen abstrakte Begriffe dagegen oft nicht so differenziert oder sie haben ganz andere Vorstellungen davon, ohne dass darüber gesprochen wird. Weitere Merkmale der Bildungssprache sind beispielsweise lange und verschach-

an Schulen werden zu dem Thema Fortbildungen angeboten. Es gibt viele Möglichkeiten, die Schülerinnen und Schüler auch im Wirtschaft/Politik-Unterricht beim Erwerb der Bildungssprache zu unterstützen. Man kann darüber sprechen, welche Funktionen Konjunktionen haben, warum man den Konjunktiv gebraucht oder man lässt Wortlisten mit Fachbegriffen und ihrer Definition führen, um den Wortschatz zu erweitern. Das Mercator-Institut bietet online einen Methodenpool für sprachsensiblen Fachunterricht an. Hier finden sich viele Beispiele für die konkrete Umsetzung.

In Nordrhein-Westfalen werden Wirtschaft und Politik seit Kurzem gemeinsam in einem Fach unterrichtet, und zwar ab der 5. Klasse. Andere Bundesländer beginnen damit erst später. Werden in NRW die Fünftklässler überfordert?

Meiner Meinung nach kann man nicht früh genug mit politischer Bildung beginnen. Ein wichtiges Ziel schulischer Bildung ist, Schülerinnen und Schüler dazu zu befähigen, politische und wirtschaftliche Probleme kompetent zu beurteilen. Diese Fähigkeit ist eine Grundlage, um als Bürgerinnen und Bürger das öffentliche Leben aktiv mitzugestalten. Urteilsfähigkeit und Argumentieren kann man mit altersgerechten Themen schon in der Unterstufe fördern. Allerdings müssen sich Lehrkräfte klarmachen, dass es für junge Schülerinnen und Schüler noch nicht so einfach ist, neben ihrer eigenen Sicht auch eine andere Perspektive einzunehmen.

Wie wichtig sind dabei im Unterricht Beispiele aus der eigenen Lebenswelt?

Solche Beispiele sind grundsätzlich wichtig für die Motivation der Schülerinnen und Schüler. Die Auswahl der Themen sollte jedoch fachdidaktisch oder pädagogisch begründet werden. Sprachbildung wird erst bei der Unterrichtsplanung und -umsetzung relevant.

Sie sagen, dass sprachbildender Fachunterricht vor allem für Schülerinnen und Schüler wichtig ist, die Deutsch nicht als Muttersprache haben oder deren Familien nicht mit der Bildungssprache in Kontakt kommen. Warum?

Schülerinnen und Schüler mit Deutsch als Zweitsprache haben teilweise einen besonderen Sprachförderbedarf. Sie haben die doppelte Schwierigkeit, dass sie nicht nur die bildungs- und fachsprachlichen Hürden im Wirtschaft/Politik-Unterricht nehmen müssen, sondern gleichzeitig vielleicht noch mitten im Spracherwerb der deutschen Alltagssprache stecken. Durchschnittlich sind die sprachlichen Herausforderungen im Fachunterricht für DaZ-Schülerinnen und -Schüler noch größer als für die anderen. Auch Kinder, die über die Familie nicht mit Bildungssprache in Kontakt kommen, haben nur in der Schule die Chance, bildungssprachliche Kompetenzen zu erwerben. Eine bildungssprachliche Kompetenz in allen Fächern für alle Schülerinnen und Schüler aufzubauen ist wichtig, um herkunftsbedingte Ungerechtigkeit im Bildungssystem zu verringern.

*Das Interview führte Joachim Göres.
Wir danken dem Ernst-Klett-Verlag für die freundliche Genehmigung zur Verwendung des Interview-Textes mit Raja Reble.*

Kompakt

Die Beherrschung der Bildungssprache ist entscheidend für den schulischen Erfolg. Gerade im Fach Wirtschaft/Politik sind Schülerinnen und Schüler mit abstrakten Begriffen und komplexen Satzstrukturen konfrontiert, die sich ihnen oft nicht erschließen. Für Fachlehrkräfte ist es daher wichtig, die sprachlichen Kompetenzen ihrer Klassen zu erkennen und zu trainieren. Das neue Lehrwerk „starke Seiten Wirtschaft/Politik NRW“ setzt hier mit sprachsensiblen Texten und einem eigenen Kopiervorlagenband für die Sprachbildung einen Schwerpunkt.

Zur Person

Raja Reble ist seit 2017 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Lehrbereich für Deutsch als Zweitsprache und fachintegrierte Sprachbildung am Germanistischen Seminar der Universität Kiel beschäftigt.

Zuvor hat sie das 2. Staatsexamen für das Lehramt in den Fächern Deutsch und Wirtschaft/Politik an Gymnasien bestanden.

Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Diagnostik (bildungssprachlicher Kompetenzen), das Schreiben im Fachunterricht, die Textbeurteilung sowie die Sprachbildung in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern.

Sie hat an dem neuen Sprachförderheft starke Seiten Wirtschaft/Politik aus dem Ernst Klett Verlag mitgewirkt.

starke Seiten Wirtschaft/Politik

ab Klasse 5 wurde neu für Realschulen in NRW entwickelt. Neben Podcasts und Erklärfilmen vermitteln sprachsensibel verfasste Texte und Aufgaben das ökonomische Handeln von privaten Haushalten und Unternehmen. Zum Lehrwerk gehört auch eine Kopiervorlagen-Sammlung mit Hintergrundwissen und sofort einsetzbaren Arbeitsblätter für den sprachsensiblen Fachunterricht.



WÄHLEN AB 16?

Die Parteien sind sich uneins. Unsere Befragten ebenso.

„Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ So der gerade gewählte Bundeskanzler Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung am 28. Oktober 1969. Im Zuge dieser Forderung beschloss der Bundestag am 18. Juni 1970, das Wahlalter in der Bundesrepublik Deutschland von 21 auf 18 Jahre abzusenken. Soll man heute noch mehr Demokratie wagen? Sollen bereits 16-Jährige bei Bundestagswahlen wählen dürfen. Wir haben einige Stellungnahmen eingeholt. Das Thema eignet sich auch für den Unterricht. Ein Arbeitspapier ergänzt den vorliegenden Beitrag.

MACHPOLITISCHES KALKÜL?

Ministerpräsidentin Malu Dreyer fordert anlässlich des 50. Jahrestages der Absenkung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre: „Demokratie ist erleb- und erlernbar, je früher, desto besser. Das Wahlrecht ist ein zentrales Element politischer Teilhabe und Mitbestimmung in unserer Demokratie. Das Wahlalter mit 16 ist überfällig.“ Bundesfamilienministerin Franziska Giffey teilt diese Auffassung: „Ich bin überzeugt davon, dass junge Leute mit 16 sehr wohl in der Lage sind, eine verantwortliche Wahlentscheidung zu treffen.“ Unterstützt wird die Ministerin, so tagesschau.de vom 30. Juli 2020, von den Vorsitzenden der SPD, Grünen und Linkspartei.

Andere Parteien, so auch die CDU, vertreten eine eher ablehnende Position zum Thema „Wählen ab 16?“ – zumindest hinsichtlich einer Beteiligung an Bundestagswahlen. Die Grünen erreichen in Umfragen unter Jugendlichen im Alter von 16 und 17 Jahren im Parteienvergleich immer wieder die höchsten Ergebnisse. Machtpolitisches Kalkül dürfte folglich bei allen Parteien eine Rolle spielen.

STELLUNGNAHMEN UND MEINUNGSSPEKTRUM

Nachfolgende Stellungnahmen spiegeln einen Teil des allgemeinen Meinungsspektrums wider. Befragt haben wir jüngere und ältere, männliche und weibliche Personen unterschiedlicher Provenienz.

Annika Kastell (16),

besucht nach ihrem Realschulabschluss die Oberstufe an einer Integrierten Gesamtschule



Das Thema Wählen empfinde ich als sehr wichtig. Wir leben in einer Welt, in der die jüngeren Generationen immer mehr mitentscheiden sollten, denn wir sind die Zukunft. Ich schätze 16 als

ein durchaus reifes Alter ein. Immerhin sind wir junge Erwachsene und bald kommt das Thema Wahlen sowieso auf uns zu. Außerdem haben junge Menschen eine andere Weltsicht als die ältere Generation. Wir Jugendlichen interessieren uns für ganz andere Themen und können diese einbringen. Wir vertreten so die Interessen der jungen Generation, was auch immer dafür sorgt, dass die Themenvielfalt erweitert wird. Außerdem wird auch über Anliegen aus dem Bereich der Kinder und Jugendlichen nachgedacht, wie z. B. über die Erneuerung eines Spielplatzes. Warum sollten wir also nicht mitentscheiden dürfen, wenn es um unsere Zukunft geht?

Mit 16 Jahren steht man mitten im Leben. Wir haben gelernt, Verantwortung zu tragen und unsere Entscheidungen bewusst zu treffen. Mit 16 kommen viele Herausforderungen auf uns junge Menschen zu, die wir souverän meistern können, da wir die nötige Reife entwickelt haben. Gerade erst mussten wir die Entscheidung über unseren weiteren Lebensweg treffen. Schule? Ausbildung? Jugendliche wachsen an der Aufgabe, bei politischen Themen mitreden zu dürfen. Uns wird nämlich vor Augen geführt, dass jede Stimme zählt und es von Bedeutung ist, wählen zu gehen. Und wir erleben den Unterricht in Sozialkunde und Politik aus tatsächlicher Mitwirkung, wir lernen also

nicht nur theoretisch, wie eine Wahl abläuft.

Susann Hildebrandt-Hahn (43),

verheiratet, drei Jungen, davon zwei Realschüler, besuchte die POS und das Gymnasium in Thüringen, wohnt seit 2015 dauerhaft in Rheinland-Pfalz



Jugendliche mit 16 verfügen meines Erachtens noch nicht über das notwendige Hintergrundwissen und oft auch nicht über die geistige Reife zum Wählen. Mich bedrückt zum Beispiel die Beobachtung, dass sich junge Protestler von ihren Eltern mit dem Auto zur Demo fahren lassen und sich vorher noch mit Cola in Pet-Flaschen und Fast Food in Plastikverpackungen eindecken. Sinnvoll wäre es, möglichst frühzeitig ein politisches Interesse zu wecken. Ich versuche, bei meinen drei Jungs – sie sind acht, elf und dreizehn – zumindest ein altersgemäßes Problembewusstsein zu schaffen. Aber die Schule muss dieses Anliegen systematisch unterstützen. Der Geschichts- und Politikunterricht setzt viel zu spät ein. Schule muss frühzeitig aufzeigen, welche Gefahren zum Beispiel vom Links- oder Rechtsextremismus ausgehen. In einer freiheitlichen Demokratie ist diese Aufklärung umso notwendiger, weil Wahlen Ergebnisse auch in diese Richtungen zulassen.

Wir hatten in der DDR bereits ab der 5. Klasse Geschichte und ab der 7. Klasse Staatsbürgerkunde, allerdings

inhaltlich völlig ideologisiert. Die SED war bekanntlich die einzige Partei, die zur Wahl stand. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es übrigens völlig egal gewesen, ob die Bürger ab 16 oder 18 oder auch ab 14 Jahren hätten wählen können. Im vereinten Deutschland haben wir jedoch eine Parteienvielfalt. Hier haben die Wahlergebnisse eine qualitative und somit folgenreiche Wirkung. Ich bin für ein Wahlalter ab 18.

Amir Rasoulpour (35),

lebt seit fünf Jahren mit Ehefrau und sechsjähriger Tochter in Deutschland. Zuvor Rechtsanwalt im Iran. Master in Jura (2020) an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz



Totalitäre Regierungen verbinden die Frage einer möglichen Absenkung des Wahlrechtsalters oft mit dem Ziel, höhere Zahlen der Wahlbeteiligung darstellen zu können. Die Welt soll daran die Attraktivität und Legitimität des eigenen Systems erkennen. Doch in diesen Ländern dienen Wahlen nicht der Abstimmung über eine Auswahl von Parteien oder Kandidaten, sondern ausschließlich der Akklamation zur Stabilisierung des bestehenden Systems.

Ein klares Beispiel ist das Verhalten der iranischen Regierung. Hier appelliert der Führer vor jedem Wahlprozess an die Bürger, dass die Wahlbeteiligung eine religiöse Pflicht sei. Das Ergebnis der Wahl spielt letztlich überhaupt kei-

ne Rolle. Bei der letzten Wahl im Iran wurden fast alle bekannten Bewerber aus der Gruppe der Reformer, ja sogar der gemäßigten Konservativen ohne jegliche Begründung durch den „Wächterrat“ von der Kandidatur ausgeschlossen. Diese Willkür hatte ein großes Desinteresse der Wähler und eine niedrige Wahlbeteiligung zur Folge. Vor allem junge Menschen sehen überhaupt keinen Sinn mehr, wählen zu gehen. Viele sagen, Wählen gehen sei reine Zeitverschwendung.

Für mich ist die Diskussion der Absenkung des Wahlalters eher von zweitrangiger Bedeutung. Ich lebe jetzt seit fünf Jahren in einem Land, in dem freie Wahlen zu den Merkmalen der Demokratie gehören. Dass hier die im Alter von 18 Jahren abgegebene Stimme tatsächlich zählt und politischen Einfluss auf die Zukunft eines Landes hat, das ist ein Wert, von dem Menschen in Diktaturen nur träumen können.

Avi Spencer-Blume (20),

Musik- und Geschichtsstudent an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz



Ich bin für eine Absenkung des Wahlalters auf 16. Wählen mit 16 erhöht die Wahlbeteiligung, wirkt Politikverdrossenheit entgegen und gibt jungen Menschen eine Stimme. Am wichtigsten: Durch das Mitspracherecht junger Leute erhält die Politik einen Anreiz für besonders weitsichtiges Handeln, das

Bitte lesen Sie auf Seite 18 weiter

DAS WAHLALTER FÜR DIE EINZELNEN WAHLJAHRE

Wahljahr	Alter für Wahlberechtigung (aktives Wahlrecht)	Alter für Wählbarkeit (passives Wahlrecht)
	ab Vollendung des ...	ab Vollendung des ...
1949–1969	21. Lebensjahres	25. Lebensjahres
1972	18. Lebensjahres	21. Lebensjahres
seit 1976	18. Lebensjahres	18. Lebensjahres

„WÄHLEN AB 16?“ – DAS THEMA IM UNTERRICHT

Einstiegs- und Vertiefungsfragen

Du traust Dir zu, Dich an einem Gespräch zu politischen Fragen aktiv zu beteiligen?

Eltern, Freunde und Schule (Lehrer, Unterricht) besitzen eine wichtige Informationsrolle auch bei politischen Themen. Hast Du Lust, Dich auf eine Diskussion zum Thema „Wählen mit 16?“ einzulassen und dazu Argumente zu sammeln?

Sind 16- und 17-Jährige schon reif genug, um sich an Wahlen zu beteiligen? Welche Argumente sprechen für bzw. gegen eine Absenkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre? Wo sollte die Wahlaltersgrenze liegen? Bei 18, bei 16 Jahren oder vielleicht sogar bei 14 Jahren?

Recherchiere: Ab welchem Alter darf man in welchem Bundesland an der Kommunalwahl bzw. an der Landtagswahl teilnehmen? Warum gibt es keine einheitlichen gesetzlichen Bestimmungen?

Warum gilt das Wahlalter ab 16 nicht für Bundestagswahlen? Sind Wahlen auf Kommunal- oder Landesebene von geringerer Bedeutung?

Jugendproteste wie „Fridays for Future“ sprechen doch für eine Absenkung des Wahlalters?

Viele Jugendliche, z. B. als Auszubildende, müssen Steuern zahlen. Warum sollten sie dann nicht auch darüber mitentscheiden dürfen, was der Staat mit ihrem Geld unternimmt?

Verfügen Jugendliche trotz ihres geringen Alters bereits über eine politische Meinungs- und Entscheidungskompetenz? Vielen mangelt es doch noch an politischem Basiswissen? Ist es für sie nicht wichtiger, wo am Wochenende Partys gefeiert werden können?

Kritiker befürchten, dass Jugendliche zu Extrempositionen neigen und daher eher für Parteien mit populistischen Aussagen und Verhaltensweisen stimmen. Eine Absenkung des Wahlalters gefährde daher die Stabilität der Demokratie. Gibt es aus Deiner Sicht Beobachtungen, die dieses Argument bestätigen?

Für junge Menschen geht es um die Mitbestimmung über ihre Zukunft. Klimaschutz ist von einem ökologischen Randthema zu einer der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts geworden. Kann man diejenigen von Wahlen ausschließen, die von den Folgen politischer Entscheidungen am längsten betroffen sein werden?

Zum Schluss eine besonders anspruchsvolle Aufgabenstellung: Für Parteien ist das Wahlalter auch eine Frage ihres eigenen Machtkalküls. Die einen erhoffen sich einen Stimmengewinn, die anderen befürchten einen Verlust des Stimmenanteils. Wie stehen die verschiedenen Parteien zum Wahlrechtsalter? Welche Schlussfolgerungen ziehst Du aus dem Ergebnis Deiner Recherche?

Weitere Argumentationshilfen und Hintergrundwissen

„Wählen ab 16 - Pro und Contra?“ Hier findest Du entsprechende Informationen:
<https://www.waehlenab16-bw.de/proundcontra.html>

Eine Absenkung des Wahlalters favorisiert die Otto-Brenner-Stiftung in einer 64-seitigen Online-Broschüre (Juni 2020): „Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters“.
<https://www.otto-brenner-stiftung.de>

Eine übersichtliche Beschreibung mit vielen Verlinkungen findest Du in der Broschüre der Bundeszentrale für politische Bildung vom 17.06.2020: „Vor 50 Jahren: Wahlrecht für 18-Jährige“ <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/311559/vor-50-jahren-wahlrecht-fuer-18-jaehrige>

auch die Perspektiven Jugendlicher stärker einbezieht.

In Deutschland legt man großen Wert auf Eigenverantwortung und Selbstbestimmtheit schon in jungen Jahren. Dieser Anspruch erlaubt nicht den Widerspruch, der Jugend eine stärkere politische Partizipation zu verwehren. Ein Wahlrecht, das erst ab 18 Jahren beginnt, bringt zum Ausdruck, dass die Jüngeren nicht politikfähig sind. Das ist eine irrige Vorstellung.

Ein Wahlrecht ab 16 würde das politische Interesse auch der Dreizehn-, Vierzehn- und Fünfzehnjährigen fördern, weil deren Wahlbeteiligung bereits in einer naheliegenden Zukunft möglich wäre. Die Stimme junger Menschen ist unverzichtbar. Themen, wie Klimawandel, Natur- oder Umweltschutz, tangieren sie besonders nachhaltig. Schließlich sind junge Wähler diejenigen, die am meisten und noch am längsten mit möglichen Problemen, Krisen und Zukunftsentscheidungen konfrontiert werden. Es ist daher an der Zeit, junge Menschen vollumfänglich am politischen Prozess, folglich auch am Wahlrecht, zu beteiligen.

Dominic Sander (16),

hat nach seinem Realschulabschluss eine Ausbildung als KFZ-Mechatroniker begonnen



Wählen ab 16? Mich wundert, dass es derzeit nicht einmal ein einheitlich festgelegtes Wahlrechtsalter für Kommunalwahlen oder Landtagswahlen gibt. Jedes Bundesland kann sein eigenes Süppchen kochen und seine eigene Entscheidung darüber treffen, ob ein Jugendlicher bereits ab 16 Jahren wählen darf oder nicht. Da wäre es doch logisch, wenn sich die Bundesländer erst einmal untereinander auf ein einheitliches Wahlalter einigen würden.

Oft wird argumentiert, dass die bekannten „Fridays For Future“-Demonstrationen auch eine gewisse Form der

politischen Beteiligung seien. Warum also nicht dann auch das Wahlalter heruntersetzen? Ich denke, den meisten 16-Jährigen fehlt es noch an politischen Grundkenntnissen. Sie wissen noch nicht, wie das Wahlsystem oder das politische System funktioniert. Wie sollen sie sich dann eine eigene Meinung bilden und diese durch ihre Wahlbeteiligung zum Ausdruck bringen können? Tatsache ist, dass bei den meisten Jugendlichen nicht einmal ein politisches Interesse besteht. Deshalb sollte die Schule bereits ab der 5. Klasse ein politisches Basiswissen vermitteln. Dann wären die Schüler später auch in der Lage, ihre Stimme auf der Grundlage einer wirklich kompetenten Meinung abzugeben. Mit 18.



Sie möchten sich zu diesem Thema äußern? Wir freuen uns über eine Zusendung Ihres Leserbriefes.

Die Gespräche führte Bernd Karst
berndkarst@t-online.de

Anzeige

BURNOUT • DEPRESSIONEN • ÄNGSTE • TRAUMA

Der richtige Ort,
um **gesund** zu werden!

klinik wersbach

Klinik für Psychosomatik,
Psychiatrie und Psychotherapie

Schnelle Hilfe für die Seele

Stationär • Teilstationär

Unsere Kooperationspartner

Wir sind für Sie da!

Tel.: (0 21 74) 398-0

www.klinik-wersbach.de

Wersbach 20 • 42799 Leichlingen-Witzhelden • Tel.: (0 21 74) 398-0 • Fax (0 21 74) 398-398 • info@klinik-wersbach.de

POLITISCHE BILDUNG AN SCHULEN

OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2020“ bescheinigt Bundesrepublik überdurchschnittliche Leistungen



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier stellt sich beim Besuch im Bayerischen Landtag den Fragen der Schüler der Realschule Arnstorf.



Juniorenwahl an der Realschule Arnstorf. Alle Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Jahrgangsstufen nahmen teil.

Jugendliche interessieren sich nicht für Politik. Sie lassen sich nur noch berieseln, sind zu reinen Konsumenten geworden und haben keine eigene Meinung. Das ist die weitläufige Meinung der Gesellschaft von unserer Jugend. Aber stimmt das denn auch?

Die Generation Z, wie die jungen Menschen gerne kategorisiert werden, wurde etwa in der Zeitspanne zwischen 1995 und 2010 geboren. Ihr wird nachgesagt, sie hätte es so leicht im Leben, wie keine andere Generation vorher. Der Arbeitsmarkt wartet auf Grund des Fachkräftemangels nur auf sie und sie lebten im Wohlstand. Gerne werden ihre Vertreter auch als ‚Digital Natives‘ bezeichnet, wobei man ehrlicherweise zugeben muss, dass spätestens der Unterricht in Informationstechnologie aufzeigt, dass dies eine reine Mär ist.

Wenn man das politische Interesse der heutigen Jugend näher beleuchtet, dann widerspricht die Haltung definitiv dem Spruch von Aristoteles, der meinte: „Wenn ich die junge Generation anschau, verzweifle ich an der Zukunft der Zivilisation.“

Unsere Jugend ist unerträglich, unverantwortlich und entsetzlich anzusehen.“

Das Gegenteil ist der Fall: Die Jugendlichen von heute zeigen wieder Interesse an politischen Geschehnissen, sie wollen sich einmischen – ja, vielleicht manchmal zu laut, manchmal zu vehement und manchmal zu ungeschickt. Sie sind jung und können und wollen sich zum Glück wieder informieren, einsetzen und engagieren.

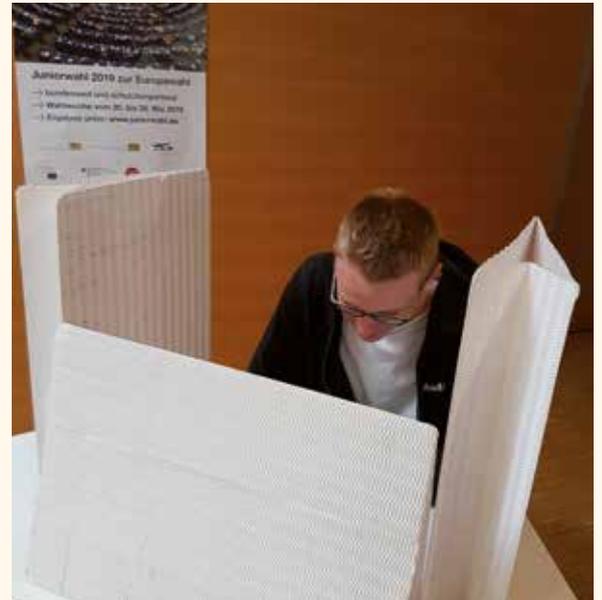
Die Aufgabe unserer Generation, unserer Gesellschaft und von uns Lehrkräften ist es, den Schülerinnen und Schülern einen Weg aufzuzeigen, wie man an gute Informationen kommt, wie man sich einsetzen und engagieren kann. Im Unterricht der einschlägigen Fächer wie Sozialkunde, Politik, Wirtschaft, Sozialwesen hat man viel

fältige Möglichkeiten, um die jungen Leute an politische Beteiligung heranzuführen und einzubinden.

Beispiele aus der Praxis an der Realschule Arnstorf

→ JUNIORWAHL

Es sollte ein glücklicher Zufall sein, dass alle neunten und zehnten Klassen gerade an diesem besonderen Tag deutscher Geschichte eine kleine Europawahl abhielten: Am Donnerstag, den 23. Mai 2019 – also just am 70. Jahrestag des Inkrafttretens unserer Verfassung, des Deutschen Grundgesetzes – machten 239 Jungwählerinnen und -wähler im Rahmen der Juniorwahl ihr sprichwörtliches Kreuz.



Nach Abgabe der Wahlbenachrichtigung und Vorlage des (Schüler-)Ausweises geben die Schülerinnen und Schüler ihre Stimme gemäß dem Wahlgrundsatz der geheimen Wahl ab.

Wie schon zur Landtagswahl im Oktober organisierten die Fachschaften Geschichte und Sozialkunde gemeinsam mit der stellvertretenden Schulleiterin Waltraud Erndl auch dieses Mal die Juniorwahl.



Bei der Juniorwahl geht es um das Üben und Erleben von Demokratie. In den letzten Wochen hatte das Thema „Demokratie und Wahlen“ auf dem Stundenplan gestanden und nun ging es – wie bei der „echten“ Europawahl am 26. Mai 2019 – für die Schülerinnen und Schüler mit Wahlbenachrichtigung und (Schüler-)Ausweis in das Wahllokal.

Unter möglichst realistischen Bedingungen erhielten die Jugendlichen hierdurch einen direkten Einblick in die bundesrepublikanischen Grundprinzipien der Demokratie. Wie wichtig ist Europa mittlerweile für die deutsche Politik? Welche Werte vertritt Europa und welche sind mir wichtig? Welche Parteien vertreten diese am besten? Welchen Einfluss hat das neu zu wählende Europaparlament auf mein Leben? Wo mache ich persönlich mein Kreuz? Die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer, die Wählerverzeichnisse angelegt hatten und später die Stimmen auszählten, übernahmen aktiv Verantwortung und sorgten für einen reibungslosen Ablauf der Wahl.

Stimmen zur Wahl

„Die Juniorwahl ist eine hervorragende Möglichkeit, die Jugendlichen auf ihre demokratischen Rechte vorzubereiten. Durch diese Wahl nimmt man ihnen die Skepsis gegenüber Politik und bereitet die jungen Menschen auf ihre Möglichkeiten als mündige Bürger vor“, betont stellvertretende Schulleiterin und Projektleiterin Waltraud Erndl.

Wünsche der Schüler an die Politiker im Europäischen Parlament

Stefan, 14 Jahre

Ich finde den Artikel 13 des Urheberrechtsgesetzes blöd. Da sollten sie nochmal was machen.

Jana, 16 Jahre

Die EU sollte sich um wirklich wichtige Dinge kümmern, wie den Umweltschutz.

Lena, 15 Jahre

Ich finde, Frauen sollten endlich richtig und in allen Bereichen gleichberechtigt sein.

Lukas, 16 Jahre

Brüssel ist viel zu weit weg.

Celine, 15 Jahre

Entscheidungen des Parlaments und der Kommission sollten besser kommuniziert werden.

Was ist die Juniorwahl?

Die Juniorwahl bietet bundesweit seit 1999 Schulen die Möglichkeit, Jugendliche an den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen teilnehmen zu lassen. Seither haben sich schon mehr als 3 Millionen Jugendliche beteiligt, wodurch die Juniorwahl zu den größten Schulprojekten in Deutschland zählt.

An der Europawahl 2019 nahmen in der Woche vom 20. bis 24. Mai etwa 2.800 Schulen mit über 650.000 Schülerinnen und Schülern bundesweit teil.

Dieses bundesweite Angebot kann an allen Schulformen in den Jahrgangsstufen 7 bis 12 durchgeführt werden.

Infos unter <https://www.juniorwahl.de/>



Planspiel Landtag im Schullandheim Wartaweil, das sich die demokratische Bildung zum Schwerpunkt gemacht hat.

→ LERNORTE

Bayern, wie auch andere Bundesländer, bietet seinen Schulen vielfältige außerschulische politische Lernorte. Hier eine kleine Auswahl:



Lernort Landtag	Lernort Staatsregierung	Planspiel Landtag	Schullandheim Schwerpunkt Demokratie	
Aktuelle politische Fragestellungen und Themen		Demokratierelevante Kompetenzen		Methoden
<ul style="list-style-type: none"> • Ökologie • Medien und Pressearbeit • Demokratie und Digitalisierung • Innere und äußere Sicherheit 		<ul style="list-style-type: none"> • Argumentationstraining • Zivilcourage • Teamkompetenz • Kompromissfähigkeit • Perspektivenwechsel 		<ul style="list-style-type: none"> • Planspiele • Workshops • Zeitzeugengespräche • Ideenwerkstatt • Exkursionen
Formate		Werte und Grundlagen der Demokratie		
<ul style="list-style-type: none"> • Wochenkurse • Halbwochenkurse • Praxistage • Veranstaltungen 		<ul style="list-style-type: none"> • Demokratische Werte • Menschenrechte • Freiheit und Sicherheit • Demokratie und Religion 		



Text und Fotos:
Waltraud Erndl
erndl@vdr-bund.de

Schulen wehren sich zu Recht, wenn Ihnen Politik, Eltern und Gesellschaft immer wieder neue Aufgaben, oft als Präventionsarbeit oder Reparaturziel, auferlegen möchten. Aktuelle Beispiele dafür sind Bewegungsmangel, überkommene Geschlechterrollen, Rechtsradikalismus und Diskriminierung. Heinz Peter Meidinger, der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, fasst das in die Formulierung, Politik und Gesellschaft habe die Angewohnheit, alles an die Schulen zu delegieren, woran sie selbst scheitern.

Umgekehrt besteht weitgehend Konsens, dass Schule mehr ist als Deutsch, Mathematik und Biologie. Die Studentafel wird deshalb gelegentlich als zu enges Korsett empfunden. Dabei lässt sie durchaus quantitative Spielräume zu und bietet beim schuleigenen Wahlpflichtfach sogar Raum für spezielle Angebote. Wir stellen eine Lehrerin vor, die ein Fach unterrichtet, das sich dem „Glück“ verpflichtet fühlt.

REALSCHULE PLUS KANDEL: „GLÜCKSUNTERRICHT“

*Interview mit Susanne Gerdon über die Frage,
wie Schülerinnen und Schüler zu Lebensgestaltern werden*

Was war Ihre Motivation Glückslehrerin zu werden?

Susanne Gerdon: Ich musste in meinem Leben selbst bereits einige Herausforderungen meistern und war während meines Berufslebens immer mal wieder damit konfrontiert, dass sich Schülerinnen und Schüler mit großen Problemen – wie z. B. Suizidgedanken,

Missbrauch, Essproblemen oder Mobbing – an mich wandten. Gelegentlich erfuhr ich dabei auch, dass sie auf sich alleine gestellt waren.

Daraus erwuchs mein Wunsch, den Kindern Strategien an die Hand zu geben, ihr Leben besser meistern zu können. Im Januar 2015 bearbeitete ich während der Methodentage mit

ZUR PERSON: Susanne Gerdon unterrichtet an der Realschule plus in Kandel, Rheinland-Pfalz, die Fächer Englisch, Französisch, Hauswirtschaft und Sozialwesen sowie das schuleigene Wahlpflichtfach „Glück“. Die Entdeckung der Glückslehrerausbildung war für sie ein Schlüsselmoment. Nachdem sie ein Buch über den Glücksunterricht von Ernst Fritz-Schubert gelesen hatte, wusste sie, dass sie irgendwann diese Ausbildung absolvieren würde. Das tat sie im Schuljahr 2015/16 in Heidelberg.

Mit dem Fach „Glück“ hat sie vielfältige mediale Aufmerksamkeit in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen erfahren. Sie hofft, dass sich noch mehr als die bislang acht rheinland-pfälzischen Schulen auf den Weg machen. Sie weiß, dass die



Akzeptanz des Faches auch davon abhängen wird, dass Inhalte und Aspekte der Leistungsmessung sich mit denen anderer Fächer messen können.

Zurzeit ist Susanne Gerdon als Beraterin für Gewaltprävention und Gesundheitsförderung am Pädagogischen Landesinstitut in Bad Kreuznach tätig. Ab dem kommenden Schuljahr wird sie über Ländergrenzen hinweg auf Honorarbasis Workshops auch in Schulklassen anbieten.

Frau Gerdon hat eine 13-jährige Tochter. Ihre Hobbys sind Lesen, Kochen, Wandern, Fitnesstraining und Chigong. In ihrer Schule engagiert sie sich als Fördervereinsvorsitzende.

Kontakt: info@susannegerdon.de

meiner damaligen 10. Klasse ein Nachhaltigkeitsprojekt mit dem Thema „Auf dem Weg in ein besseres Leben“. Dabei stellte eine Gruppe das Thema Glück vor und berichtete in diesem Rahmen von der Glückslehrerausbildung.

Danach habe ich mich intensiver damit beschäftigt und mich letztendlich beim Fritz-Schubert Institut in Heidelberg angemeldet.

Schon seit dem Referendariat war es mir ein wichtiges Anliegen, dass Schülerinnen und Schüler für das Leben lernen sollten. Mittlerweile unterrichte ich sechs Stunden „Glück“ in der Woche – je zwei Stunden in Klasse 8 und 9 als schuleigenes Wahlpflichtfach und zwei Stunden als Arbeitsgemeinschaft. Im Schuljahr 2019/20 zum Beispiel wählten insgesamt 40 Schülerinnen und Schüler dieses Fach.

Was sind die Kerninhalte des Glücksunterrichts?

Lebenskompetenztraining, Lebensfreude im Alltag, Persönlichkeitsentwicklung, Umgang mit schwierigen Lebenssituationen und das Erlernen von Entspannungstechniken sind Kerninhalte des Glücksunterrichts.

Warum ist Glücksunterricht heutzutage so wichtig?

„Die beiden wichtigsten Tage deines Lebens sind der Tag, an dem du geboren wurdest und der Tag, an dem du herausfindest, warum.“ Dieses Zitat von Mark Twain fasst sehr gut zusammen, worum es dabei geht. Die Schülerinnen und Schüler besinnen sich im Glücksunterricht auf ihre Werte und Stärken, was sie bei ihrer Berufswahl unterstützt. Zudem erlernen sie Strategien, wie sie auch in schwierigen Lebenssituationen handlungsfähig bleiben. Dies ist gerade in der unsicheren und schwierigen Phase der Pubertät sehr hilfreich.

Die Schüler beschäftigen sich u.a. mit den vier Grundfragen: Wer bin ich? (Konsistenz), Was brauche ich? (Bedürfnisse), Was will ich? (Kohärenz) und Was kann ich? (Kompetenz). Dabei erkennen sie ihre Stärken und deren Ressourcen und können so besser ihre Ziele festlegen und auf deren Erreichen hinarbeiten.

Zahlreiche Statistiken bestätigen die Zunahme von Depressionen und so-

gar Burn-out bei Jugendlichen. Durch die Inhalte des Glücksunterrichts erleben sie Selbstwirksamkeit, lernen ihre Komfortzone zu verlassen und verbuchen viele Erfolgserlebnisse, die sie wiederum stärken.

Es geht nicht darum, immer glücklich zu sein, sondern dass man die glücklichen Phasen genießt und die unglücklichen Phasen mit einer Prise Gelassenheit übersteht. Es ist wichtig, zu akzeptieren, dass das Leben in Wellen verläuft.

Ich halte es für absolut wichtig, schon in der Grundschule mit einer regelmäßigen Praxis zu beginnen und diese bis zum Schulseende beizubehalten. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass solche Themen keiner Lehrkraft einfach übergestülpt werden, sondern dass innerhalb des Kollegiums Expertenteams gebildet werden, welche eine Affinität zu diesen Themen hegen. Authentizität ist in diesem Zusammenhang das Schlüsselwort, sonst lassen sich die Schülerinnen und Schüler nicht darauf ein.

Wie beurteilen Sie die Akzeptanz des Faches Glück?

Ich habe an meiner Schule das große Glück, mit meinem unterrichtlichen Anliegen von der Schulleitung und vom



Susanne Gerdon mit ihren Schülerinnen bei einer Kuchenbackaktion für die „Wörther Tafel“

Kollegium respektiert zu werden und kann so zahlreiche kreative Projekte – sowohl theoretisch als auch praktisch fundiert – durchführen. Davon profitieren nicht nur die Glücksschülerinnen und -schüler. Ich hoffe sehr, dass sich noch mehr Schulen auf den Weg machen und von diesem Unterricht profitieren können.

Redaktion: Regina Sersch und Wolfgang Wünschel · Fotos: Susanne Gerdon, Privat

Projektbeispiele, die zeigen, wie vielfältig theoretisch und praktisch fundierter Glücksunterricht sein kann

THEMA	DARUM GEHT ES
„Schicksalsschläge und deren Bewältigung“	Vortrag von und Gespräch mit Jacqueline Fritz, die in 30 Tagen trotz einer Beinamputation die Alpen überquert hat.
„Umgang mit Wut und Stressabbau durch Ausdauersport“	Boxtraining beim Boxclub in Kandel sowie Selbstbehauptungskurs mit der Präventionstrainerin Simone Schalkowsky
„Komfortzone verlassen – Mut zeigen – Angst überwinden“	Team- und Klettertraining im Fun Forest Kandel
„Soziales Lernen“	Backen für die „Tafel“ sowie Besuch und Mitarbeit bei der Einrichtung in Wörth am Rhein
„Präsentieren und Vermitteln als Glücksbotschafter“	Glücksunterricht in allen vierten Klasse der Grundschule Kandel sowie Vorträge in allen Klassen der eigenen Schule
„Lernen und Erleben mit allen Sinnen“	Besuch des Schlosses Freudenberg in Wiesbaden
„Soziales Lernen“	Vortrag von und Gespräch mit Herrn Burger – Obdachlosenheim für Drogenabhängige Mutterstadt
„Mobbingprävention und Mut“	Mentaltraining mit Pferden beim Unternehmen Apollon.Führen.Erleben.Reiten in Hagenbach



Als Beispiele zentraler Unterrichtsinhalte des Faches Lebensgestaltung nennt Katja Verlohner Orientierung geben, helfen, aus sich selbst heraus stark zu werden und in dem Bestreben bestärken, unabhängig von der Meinung anderer zu sein.

PAUL-GILLET-REALSCHULE PLUS EDENKOBEN: „LEBENSGESTALTUNG“

Interview mit Katja Verlohner über ein außergewöhnliches Wahlpflichtfachangebot

NAMENSFINDUNG

Das Schulfach heißt eigentlich Glück und jeder stellt sich spontan etwas Positives darunter vor. Doch der Begriff Glück weckt hohe Erwartungen, wirkt aber gleichzeitig auch passiv, so als müsse man abwarten, ob einen das Glück trifft und dann hat man es für immer. Für das Schulfach wollte ich auf jeden Fall die abwartende, passive Haltung auflösen und erklären, dass man für das Glück arbeiten muss. Dies war auch der erste Satz in meiner Ausbildung am Fritz-Schubert-Institut in Heidelberg, „Glück ist Kung Fu und Kung Fu heißt harte Arbeit“. Also brauchte ich einen anderen Namen für das Wahlpflichtfach.

Jedes Kind wird in bestimmte Lebensumstände hineingeboren, diese sind vorgegeben und lassen sich nicht grundlegend verändern. Doch innerhalb dieser Rahmenbedingungen kann man sein Leben aktiv gestalten, sich besser in seinem Leben einrichten, an kleinen Stellschrauben drehen, kurzum es gibt Gestaltungsmöglichkeiten. Und so entstand der Name „Lebensgestaltung“ für dieses Wahlpflichtfach.

AUSBILDUNG

Dr. Ernst Fritz-Schubert, Gründer des Schulfachs Glück, bildet in seinem Institut in Heidelberg an zwölf Wochenenden, die über ein Jahr verteilt sind, interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus. Dabei handelt es sich keineswegs nur um Lehrkräfte,

meine Gruppe war bunt gemischt. Der Ausbilder legte großen Wert darauf, keine Vorgaben für das Fach zu vermitteln, sondern vielfältige Gestaltungschancen zu eröffnen. Nur so kann es gelingen, dass man bei der Weitergabe des Erlernten authentisch ist. Am Ende des Lehrgangs erhielt ich ein Zertifikat.

ZIELE

Die Ziele des Unterrichts sind ganz klar die Persönlichkeitsstärkung und die Persönlichkeitsentwicklung. Die Schülerinnen und Schüler befinden sich in der Pubertät, empfinden teilweise eine gewisse Orientierungslosigkeit, ringen mit Eltern und Lehrkräften, versuchen sich selbst zu finden. Ihnen dabei Orientierung zu geben, zu helfen, aus sich selbst heraus stark zu werden, sie in ihrem Bestreben nach Unabhängigkeit von der Meinung anderer zu bestärken, ohne sie in Egoismen verfallen zu lassen, das sind zentrale Unterrichtsinhalte.

BEWERBUNG DES NEUEN FACHS

Im Rahmen der Präsentation der schuleigenen Wahlpflichtfächer habe ich das Fach Lebensgestaltung vorgestellt als Orientierungsangebot für Jugendliche und Lebenshilfe, von der alle profitieren können. Ich habe dabei die Erfahrung gemacht, dass es den Schülerinnen und Schülern schwerer zu vermitteln war als den Eltern, was in diesem Fach geboten wird. Erst Beispiele und ganz konkrete Formulierungen haben zur Akzeptanz bei den Jugendlichen

geführt. Gewählt haben das Fach dann vorwiegend stille, eher zurückhaltende Schülerinnen und Schüler und in der Mehrzahl Mädchen.

UNTERRICHTSINHALTE

Der Unterricht ist als Projekt angelegt. Jede Schülerin und jeder Schüler generiert nach einigen Vorgesprächen einen sogenannten Herzenswunsch, den sie innerhalb eines Jahres verwirklichen möchten. Diese Wünsche können ganz unterschiedlich sein und umfassen die gesamte Bandbreite des Lebens der Schülerinnen und Schüler. Allerdings muss der Wunsch realisierbar sein und eine Herausforderung darstellen. Um ihn tatsächlich Wirklichkeit werden zu lassen, muss jede und jeder ihre/seine Stärken und Schwächen analysieren, überlegen, ob vermeintliche Schwächen in bestimmten Situationen nicht auch Stärken sein können. Auf jeden Fall brauchen die Schülerinnen und Schüler beides, um ihr Ziel zu erreichen. Dabei werden sie individuell in ihrer Entwicklung begleitet, denn Ausdauer ist häufig ein großes Problem. Die Herzenswünsche werden in der Gruppe nicht öffentlich gemacht.

BENOTUNG

Ein Schwerpunkt der Benotung liegt auf jeden Fall auf der Mitarbeit im Unterricht, z. B. in Rollenspielen, im Gesprächskreis, bei individuellen Vorträgen. Es soll jedoch auch die Beschäftigung mit der Theorie in Form von Erklären theoretischer Modelle, Begriffsdefinitionen oder Versprachlichung von Gefühlslagen als Grundlage für schriftliche Überprüfungen und damit für die Vergleichbarkeit mit anderen Fächern ausgebaut werden.

WIRKSAMKEIT ÜBER DEN UNTERRICHT HINAUS

Ich hoffe, dass die Schülerinnen und Schüler generell Achtsamkeit und Sensibilität für Lebenssituationen entwickeln, die Bereitschaft haben, gegebenenfalls ihre Sichtweise zu ändern und vor allen Dingen auch sich selbst zu reflektieren.

AKZEPTANZ IM KOLLEGIUM

Die Schulleitung zeigte sofort Zustimmung zum neuen Wahlpflichtfach und auch die Kolleginnen und Kollegen haben das Fach und seine Möglichkeiten für die Schulgemeinschaft akzeptiert.

Das Gespräch führten Regina Sersch und Wolfgang Wünschel · Fotos: Petra Pfirmann



ZUR PERSON:

Katja Verlohner ist Lehrerin für Deutsch und Englisch. Ihr Referendariat hat sie an der Realschule Edenkoben abgeleistet, an die sie nach drei Berufsjahren an der Goethe-Gesamtschule in Kaiserslautern zurückkehrte. Sie unterrichtet auch das Wahlpflichtfach „Lebensgestaltung“.

Katja Verlohner ist verheiratet und hat drei Kinder.

Sie geht gerne in die Schule, joggt zum Ausgleich und macht Yoga. Das bringt sie auch in der Schule in eine Yoga-AG und in ein Pausen-Yoga-Angebot ein.

Anzeige

Natürlich & ganzheitlich

Die **TOMESA Fachklinik** stellt mit der einzigartigen Balneophototherapie die Wasser- und Lichtverhältnisse des Toten Meeres nach und gehört damit zu den führenden Kliniken weltweit.

Das Tote Meer® in Deutschland...

z. B.

PSORIASISKUR
1 Woche
ab 630,00 €

z. B.

BURNOUTKUR
1 Woche
ab 595,00 €

TOMESA FACHKLINIK
36364 Bad Salzschlirf · Tel. 0 66 48 / 55- 0 · www.tomesa.de



„Den Staat neu denken ...“

Deutscher Beamtenbund fordert Ausbau der Digitalisierung und stärkere Beachtung von „Diversity“ im öffentlichen Dienst

... eröffneten das Tagungsprogramm: dbb-Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach, Phoenix-Moderatorin Anke Plättner, Bundesinnenminister Horst Seehofer (Fotos: Marco Urban)

Mit ihrer jüngsten Jahrestagung am 11. Januar 2021 in Köln hatte sich die Führung des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion (dbb) hohe inhaltliche und organisatorische Ziele gesetzt.

Ihr zweites Thema, ‚Diversity‘, machte die Jahrestagung vor allem am Beispiel von Menschen mit Migrationshintergrund fest. Frauenministerin Franziska Giffey und die Hamburger Polizeikommissarin Derya Yildirim wiesen auf die Vorteile hin, wenn „divers“ aufgestellte Teams ihre interkulturelle Kompetenz dazu nutzen, sich situationsadäquat zu verhalten und fundierte Entscheidungen zu treffen.

Die wohl größte Herausforderung der Kölner Tagung lag jedoch in der Corona-bedingten Entscheidung, die Veranstaltung nicht in der traditionellen Präsenzform mit körperlich anwesendem Publikum durchzuführen sondern online und interaktiv zu übertragen. Bereits an dieser Stelle sei festgehalten, dass die operativ an Vorbereitung und Durchführung Beteiligten einen hervorragenden Job gemacht haben. Für die virtuell zugeschalteten Zuschauer und Zuschauerinnen liefen beide Veranstaltungsblöcke – der Vor- und Nachmittag – pannenfrei und übersichtlich strukturiert ab. In ihrem Gesamtergebnis war die Jahrestagung eine gelungene Werbung für ein neues Veranstaltungsformat!

Für das sperrige Thema der „Digitalisierung“ im öffentlichen Dienst kam es den Veranstaltern darauf an, nicht beim Beklagen von Mängeln bei Ausrüstung und Fortbildung in Behörden, Ämtern und Dienststellen stehen zu bleiben. Gleichzeitig sollte auch auf Beispiele aufmerksam gemacht werden, in denen eine vorausschauende Verwaltung attraktive Lösungen vorzuweisen hat und zur Übernahme empfiehlt.

Der öffentliche Dienst braucht mehr Autonomie in der Krise

In seiner Eröffnungs- und Begrüßungsrede machte dbb-Vorsitzender Silberbach auf die Herausforderungen aufmerksam, die – durch die Corona-Pandemie 2020 verstärkt – auf den öffentlichen Dienst zugekommen seien. Insgesamt sei die Stimmung in der Bevölkerung angespannt, die Radikalisierung einzelner nehme zu und es werde an den Grundfesten der Demokratie gerüttelt. Die in der Pandemiebewältigung gemachten Erfahrungen hätten gezeigt, dass nicht teure externe Berater die wahren Innovatoren der öffentlichen Verwaltung seien, sondern die Beschäftigten, die vor Ort mit großem Engagement und fachlicher Expertise für stetige Weiterentwicklung sorgten. „Deutschland braucht einen ‚Pakt für Krisenresilienz‘, damit unsere Kolleginnen und Kollegen auf zukünftige Krisen besser vorbereitet sind und der Staat nicht an Glaubwürdigkeit gegenüber Bürgerinnen und Bürgern verliert“, forderte der dbb-Chef. „Ein Staatsdienst, der schon im Normalzustand bei Ausstattung und Personal auf Kante genäht ist, wird in der Krise an den Rand der Funktionsfähigkeit ge-

führt“, warnte Silberbach.

Leider fehle, setzte der Redner fort, bislang eine schlüssige zwischen Bund und Ländern koordinierte Digitalstrategie für die Verwaltung. „Wir fordern einen „Digitalpakt Verwaltung“, der nicht nur auf die Umsetzung bisher kaum vorhandener Online-Dienstleistungen fokussiert ist, sondern der für digitale Souveränität in den Verwaltungen sorgt und die Beschäftigten durch konsequente Fort- und Weiterbildung befähigt, die Digitalisierung der Verwaltung zu stemmen“, machte Silberbach klar. Viel zu lange hätten Kompetenzgerangel zwischen den Gebietskörperschaften und politisches Klein-Klein flächendeckende Innovationen behindert.

„Es reicht nicht, den politischen Fokus allein auf die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes zu legen. Ebenso wichtig ist die Digitalisierung der internen Verfahren und Arbeitsweisen. Außerdem brauchen wir Investitionen im dreistelligen Milliardenbereich in die IT und das Personal, die Beseitigung der Kluft zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie Digitalisierungsverhandlungen mit allen Gebietskörperschaften“, schloss Silberbach seinen Katalog von Forderungen ab.

Innenminister Seehofer: Noch zu viel Zettelwirtschaft ...

Zu Beginn seiner Ausführungen stellte Innenminister Seehofer dem öffentlichen Dienst ein gutes Zeugnis aus. Vor allem in Krisenzeiten wie bei der Wiedervereinigung, der Banken- und der Flüchtlingskrise habe der öffentliche Dienst seine Aufgaben erfüllt. Er sei ein wichtiger Pfeiler der Demokratie und habe sich in allen Situationen als handlungsfähig erwiesen. Aber zum Beispiel auf kommunaler Ebene gebe es bei der Besoldung und Sachausstattung Nachholbedarf. Die Gesundheitsämter seien als Sparsbüchse betrachtet worden. Polizei oder Pflegepersonal in Krankenhäusern und Altenheimen seien bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit gefordert worden. Es müsse aber anerkannt werden, dass inzwischen auch Kommunen Zahlungssteigerungen und ein verbessertes Zulaufwesen eingeführt hätten.

Gleichzeitig pochte der Innenminister auf das Verfassungsprinzip des Föderalismus und empfahl die Suche

nach Lösungen auf der dafür zuständigen Ebene. Insbesondere die Länder seien dabei gefordert, ihre Kommunen so auszustatten, dass diese die bei ihnen anfallenden Aufgaben auch bewältigen können. Für die Bundesebene sah er geringere finanzielle Spielräume, da die in jüngerer Zeit zahlreichen neu eingerichteten Planstellen Arbeitszeitverkürzungen oder Gehaltsaufbesserungen nur in begrenztem Maße erlaubten.

Tote Winkel und Flickenteppiche

In ihrem Diskurs zur Digitalisierung von Dienstleistungen des Bundes widmeten sich Innenminister Seehofer und dbb-Chef Silberbach den jeweiligen Anstrengungen von Bund und Ländern. Ersterer unterstrich, dass die Digitalisierung von Dienstleistungen des Bundes bereits eine hohe Dynamik entwickelt habe. Vom entstandenen Digitalisierungsdruck, der unter anderem mit finanzieller Unterstützung des Bundes kanalisiert werde, sollen in der Folge auch Länder und Kommunen profitieren und Dienstleistungen schneller digitalisieren.

Seehofer räumte allerdings auch ein, dass ein grundlegender Bewusstseinswandel nötig sei, denn „der Markt regelt in Bezug auf die Digitalisierung nicht alles. Vielmehr hat die Krise viele tote Winkel ausgeleuchtet, was unsere IT-Infrastrukturen anbetrifft.“ Das gelte unter anderem für den Bildungsbereich, für schnelle Internetzugänge oder für die immer noch vorhandenen Mobilfunklöcher. Hier müsse das Digitalisierungstempo weiter anziehen. Seehofer versicherte, dass er weiter an seinem Ziel festhalte, Behördendienstleistungen des Bundes bis zum Ende des Jahres 2022 flächendeckend digital verfügbar zu machen.

Silberbach warnte vor einem Flickenteppich bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes: „Wir brauchen ein einheitliches Vorgehen. Mein Appell an alle Gebietskörperschaften lautet: Einer macht die Blaupause für die digitale Dienstleistung und andere übernehmen das Modell ohne Sonderanpassungen.“

Der öffentliche Dienst in bester Verfassung?

Welche Rolle der öffentliche Dienst in unserer Verfassung spielt, war Thema des Fachvortrags von Professor Udo



Prof. Dr. Udo Di Fabio: Der öffentliche Dienst muss langfristig junge Menschen gewinnen und motivieren ...

Di Fabio. Der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht nahm insbesondere die Herausforderungen für die Verwaltung als Teil der staatlichen Gewaltenteilung in den Blick.

Als tragender Pfeiler unserer Gesellschaft, der die staatliche Gewalt ausübt, sei der öffentliche Dienst Gegenspieler und Servicepartner, weil er sowohl für die Einschränkung grundrechtlicher bürgerlicher Freiheiten als auch für die Gewährung staatlicher Leistungsansprüche zuständig ist.

Als strukturellen Garanten für das Funktionieren der öffentlichen Verwaltung nannte Di Fabio den Fortbestand des Berufsbeamtentums: Viele hätten schon gedacht, die Zeit des Berufsbeamtentums sei vergangen und Artikel 35, Abs. 5 des Grundgesetzes werde irgendwann gestrichen. „Doch das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht“, argumentierte der Jurist, „dass dahinter auch ein hochaktueller sowohl rechtsstaatlicher wie auch de-



Moderatorin Plättner: Beispiel für Souveränität und Konzentration



Bundesfamilienministerin Franziska Giffey im Gedankenaustausch mit ihren Gesprächspartnerinnen zum Thema ‚Diversity‘

mokratischer Kerngedanke steht, der gerade in volatilen Zeiten nicht verloren gehen sollte.“

Qualitative Verbesserungen mahnte Di Fabio für die Personalsituation an: „Die alternde Gesellschaft ist nicht nur ein Problem im Hinblick auf den Nachwuchs im öffentlichen Dienst, sondern sie bewirkt auch eine Zunahme von Aufgaben und eine Bedeutungszunahme öffentlicher Dienstleistungen ...“ – Der öffentliche Dienst werde nur dann in guter Verfassung bleiben, wenn es gelinge, junge Menschen zu gewinnen und langfristig zu motivieren. „Das bedeutet in einer Gesellschaft, die herkömmliche Rollenbilder aufgegeben oder verändert hat, dass auch der öffentliche Dienst dem nicht nur zeitverzögert irgendwie folgt, sondern proaktiv gestaltet.“ Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei im öffentlichen Dienst im Vergleich zur Privatwirtschaft durchaus gut gestaltet, aber die Teilzeitbeschäftigung führe insbesondere bei weiblichen Beschäftigten noch immer zu Nachteilen in der Karrierebiografie.

Di Fabio nahm auch die Defizite des öffentlichen Dienstes ins Visier. Wenn Schulen in der Corona-Krise viele Monate benötigten, um einen halbwegs akzeptablen Digitalunterricht anzubieten, müsse gefragt werden, warum das so ist. ... „Die demokratische Gesellschaft muss erkennen, dass das Ansehen des Rechtsstaates immer auch davon abhängt, dass die öffentlichen Aufgaben, das Versprechen der inneren Sicherheit und die Infrastruktur der Daseinsfürsorge auf der einen Seite immer in der Balance zu den perso-

nellen und sächlichen Mitteln auf der anderen Seite stehen muss.“

„Was geht?“ – Verwaltung digital und krisenfest

Moderiert von der Fernsehjournalistin Anke Plättner diskutierten Staatssekretär Markus Richter aus dem Bundesinnenministerium, Staatssekretärin Heike Raab aus der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei und der Stellvertretende dbb-Vorsitzende Friedhelm Schäfer über den aktuellen Ausrüstungsstand und das digitale Leistungsvermögen der öffentlichen Verwaltung und schilderten aus der jeweils eigenen Perspektive sehr unterschiedliche Sachstände. Schäfer unterstrich die Notwendigkeit, den Leitungsausbau zu beschleunigen, da der aktuelle Digitalisierungsrückstand zum Standortnachteil für die Bundesrepublik Deutschland auszuschielen drohe. „Wir müssen uns beeilen,“ forderte er. „Der Breitbandausbau ist von entscheidender Bedeutung. Das Onlinezugangsgesetz wird bei Bürgerinnen und Bürgern nur dann positiv aufgenommen werden, wenn überall im Land – auch in den ländlichen Regionen – eine ‚rumpelfreie‘ Datenübertragung sichergestellt ist.“ Staatssekretärin Raab berichtete vom positiven Wirken der Hochschule für Verwaltungsangelegenheit ihres Bundeslandes in Speyer und empfahl die Gründung weiterer akademischer Einrichtungen wie IT-Akademien und ähnliches. Staatssekretär Richter schlug vor, den Fokus auf die einzelne Verwaltungsorganisation zu richten und in jeder Fachabteilung gleichzeitig auch die zuständige Digitalabteilung zu sehen. Vor Ort sei man am ehesten zu

einer Beschreibung der Aufgaben einer Behörde in der Lage und wisse am besten, was gebraucht und beherrscht werden muss.

Staat und Wirtschaft: Was erwartet die Wirtschaft vom öffentlichen Dienst?

In einer weiteren Gesprächsrunde diskutierten der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Gerd Landsberg, der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Steffen Kampeter, und dbb-Vorsitzender Silberbach über die Erwartungen, die die Wirtschaft an den öffentlichen Dienst richtet. Kampeter gestand zu, dass sich die öffentliche Verwaltung bei der Digitalisierung im Allgemeinen bisher sehr gut geschlagen habe, prangerte aber am Beispiel der kommunalen Gesundheitsämter eine schwach ausgeprägte Koordinationfähigkeit und Langsamkeit an. Wie die Wirtschaft auch müsse Verwaltung in der Lage sein, sich selbst in kurzer Zeit neuen Verhältnissen anzupassen.

Für Ulrich Silberbach ist die Zusammenarbeit von Wirtschaft und öffentlichem Dienst „eine Frage der Haltung, aber auch der Infrastruktur. Es gehe darum, die Schnittstellen zwischen Wirtschaft und öffentlichem Dienst zu erkennen, damit bereitgestelltes Geld schneller dort ankommt, wo es gebraucht wird.“ Beide Seiten könnten voneinander lernen, so Silberbach weiter: „Die Wirtschaft hat gute Modelle für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie zum Beispiel Betriebskindergärten. Solche Maßnahmen kosten Geld, aber das sollte es uns wert sein. Auch Hauptgeschäftsführer Kampeter glaubt an wichtige Lernprozesse auf beiden Seiten, jedoch könnte die Kooperation zwischen Wirtschaft und Verwaltung besser laufen. Es fehle am Konsens. „Viele Unternehmer wissen zu wenig über die Abläufe in der Verwaltung, und seitens der Verwaltung nehme ich mitunter eine gewisse Wirtschaftsfeindlichkeit wahr, die dazu führt, dass man im Genehmigungsverfahren schaut, wo man überall noch ein Schippchen Bürgerbeteiligung drauf tun kann.“

Den am Ende der Runde diskutierten Rechtsanspruch auf Arbeit im Home-Office lehnte nicht nur Kampeter ab.

Die Politik, so die Diskutanten einvernehmlich, müsse nichts regeln, was in den Betrieben bereits gut funktioniert. „Die Arbeit im Home-Office soll ausgeweitet werden, wenn der Arbeitsplatz und die Tätigkeit es ermöglichen. Aber wir brauchen keinen Rechtsanspruch auf Home-Office“, bekräftigte Silberbach. Auch Gerd Landsberg bezweifelte eine entsprechende Notwendigkeit: „Wir sind mit weniger Regeln besser aufgehoben als mit mehr Regeln.“

„Diversity“ im öffentlichen Dienst

Zum Thema „Diversity“, dem bewussten Aktivieren besonderer Kenntnisse und Fähigkeiten für den öffentlichen Dienst am Beispiel von Menschen mit Migrationshintergrund, tauschten gegen Ende des Tages Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Annette Widmann-Mauz, die Vorsitzende der dbb-Bundesfrauenvertretung Milanie Kreutz, und die Hamburger Polizeikommissarin Derya Yildirim ihre jeweiligen Erfahrungen und Positionen aus. Widmann-Mauz machte auf eine Reihe von Herausforderungen aufmerksam, die auf jemanden zukommen, der sich aus einer Migrantenfamilie für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst interessiert: „Da sind der Spracherwerb, die Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen aus dem Ausland zum Beispiel. Und dann gibt es subjektive Faktoren, wie immer noch vorhandene

Vorurteile: „Kann der, kann die das?“ oder Berührungängste auf beiden Seiten.

Von ähnlichen Erfahrungen berichtete auch Milanie Kreutz: „Seit ich mich in den frühen 90-Jahren in der Finanzverwaltung beworben habe, sind wir einen guten Schritt weitergekommen. Aber es gibt noch immer das Bild von Menschen mit Migrationshintergrund als statischer Gruppe.“ Im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes dürfe ‚Diversity‘ nicht als ein Trendthema verstanden werden, sondern erfordere langfristige Strategien und Tatendrang. „Wenn wir sehen, dass im Jahr 2030 bis zu 800.000 Fachkräfte im öffentlichen Dienst fehlen werden, müssen wir uns jetzt auf den Weg machen. Wenn mehr Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst arbeiten, ermutigt das auch mehr Menschen, in diesem Bereich zu arbeiten.“

Die Bedeutung positiver Rollenvorbilder unterstrich auch Bundesfamilienministerin Franziska Giffey: „Ich habe jahrelang in der Verwaltung von Berlin-Neukölln gearbeitet, einem Bezirk mit Menschen aus über 150 Nationen. Wir hatten in der Ausbildung einen Migrationsanteil von 30 Prozent, weil wir intensiv für den öffentlichen Dienst – zum Beispiel mit Mitarbeitenden in den Abschlussklassen – geworben haben.“ Eine Quote für Menschen mit Migrationshintergrund lehnte Giffey



Derya Yildirim: „Vorbilder zu haben ist wichtig für junge Menschen.“

ab: „Ich bin an der Stelle nicht der Meinung, dass wir da den Weg der Quote gehen sollten.“ Aber es müsse Chancengleichheit hergestellt werden, wenn es darum geht, eine Stelle im öffentlichen Dienst anzutreten.

Eine aktive Ansprache und Unterstützung bei der Ausbildung empfand auch die Polizeikommissarin Derya Yildirim auf ihrem Weg als bestärkend. Als Tochter türkischer Gastarbeiter hatte sie aufgrund der Sprachbarrieren drei Anläufe gebraucht, um die Aufnahmeprüfung bei der Hamburger Polizei zu bestehen. Mittlerweile ist sie in ihrem Traumberuf angekommen und wurde kürzlich für ihr interkulturelles Engagement vom Deutschen Beamtenbund für den Nationalen Integrationspreis vorgeschlagen. „Vorbilder zu haben, ist wichtig für junge Menschen. Auch wenn es manchmal schwierig ist, selbst eines zu sein. Schließlich muss man sich ständig benehmen und gut gekleidet sein“, sagte Yildirim selbstironisch und bezeichnete die Öffnung der Polizei für Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund als großen Gewinn für ihren Arbeitgeber. „In Hamburg hat sich das überaus bewährt, wir haben nur Vorteile im Kontakt mit den Menschen auf der Straße.“ Der Staat müsse eine unterstützende Rolle übernehmen. So sei die deutsche Staatsbürgerschaft in Hamburg zum Beispiel keine Notwendigkeit für eine Laufbahn in der Polizei.



Vorsitzende der dbb-Bundesfrauenvertretung Milanie Kreutz: „Kann der, kann die das?“



Text: Karlheinz Kaden
carlo-heinz.kaden@t-online.de

KMK-Präsidentin des Jahres 2021 kommt aus Brandenburg

„Qualität digitalisierten Unterrichts“ soll Schwerpunktthema in Britta Ernsts Amtszeit werden

Zum zweiten Mal seit dem Jahr 2005 ging die Wahl für das Präsidentenamt der Kultusministerkonferenz für eine Bildungspolitikerin aus Brandenburg aus. In seiner virtuell per Bildschirm abgehaltenen 372. Konferenz entschied sich das Gremium für Bildungsministerin Britta Ernst und wählte sie zur Präsidentin des Jahres 2021. Sie übernahm das Amt von ihrer Vorgängerin Dr. Stefanie Hubig aus Rheinland-Pfalz.

In ihrer Antrittsrede führte Ernst aus: „Die Corona-Pandemie hat weltweit derart einschneidend in unser aller Leben eingewirkt und damit vieles verändert, aber nicht alles. Eine der großen Herausforderungen und Aufgaben liegt nach wie vor in der Digitalisierung. Bereits 2016 hat die KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ einen Rahmen für die Entwicklung der Bildung in Deutschland vorgelegt. Darauf aufbauend soll der Focus im Jahr 2021 auf den Unterricht unter den neuen Bedingungen gelegt werden. Darum habe ich für das kommende Jahr als Schwerpunktthema „Lernen und Lehren – guter Unterricht in Zeiten der digitalen Transformationen“ gewählt. Angesichts der rasanten Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung möchte ich den Blick darauf lenken, wie Unterrichtsquali-

tät im Zeitalter der Digitalisierung gedacht, gestaltet und umgesetzt werden muss. Es geht um eine Verzahnung von Theorie und Praxis des ‚guten Unterrichts‘ sowie des ‚Lernens mit digitalen Medien‘, die das bisher Erreichte weiterentwickeln.“

Als Vizepräsidenten werden im Jahr 2021 Vertreterinnen aus den Bundesländern Schleswig-Holstein, dem Stadtstaat Berlin und aus Rheinland-Pfalz Britta Ernst zur Seite stehen:

1. Vizepräsidentin: Ministerin Karin Prien (Schleswig-Holstein),
2. Vizepräsidentin: Senatorin Sandra Scheeres (Berlin),
3. Vizepräsidentin: Ministerin Dr. Stefanie Hubig (Rheinland-Pfalz).

Kurzvita Britta Ernst – Ministerin für Bildung, Jugend und Sport in Brandenburg

seit 28. September 2017

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg

September 2014–Juni 2017

Ministerin für Schule und Berufsbildung des Landes Schleswig-Holstein

September 2012–September 2013

Fraktionsgeschäftsführerin der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

September 2011–August 2012

Leiterin der Bund-Länder-Koordinierungsstelle der SPD-Bundestagsfraktion und stellvertretende Leiterin der Fraktionsverwaltung

2006–2011

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

2001–2006

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und schulpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

1998–2001

Gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

1997–August 2011

Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft

1997–März 2003

Wissenschaftliche Angestellte der Stadtentwicklungsbehörde (Bau und Verkehr) in Hamburg

1994–1997

Persönliche Referentin des Senators in der Stadtentwicklungsbehörde Hamburg

1993–1994

Persönliche Referentin der Senatorin in der Stadtentwicklungsbehörde Hamburg

1992

Dipl. Sozialökonomin

1990

Dipl. Volkswirtin

1986

Kauffrau der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft

1980

Abitur

Britta Ernst wurde am 23. Februar 1961 in Hamburg geboren, ist verheiratet und lebt in Potsdam.



Foto: Axel Schoen

KMK-Präsidentin Ernst: „Es geht um die Verzahnung von Theorie und Praxis des ‚guten Unterrichts‘ sowie des Lernens mit digitalen Medien.“

Die Koordination der Belange der A-Länder wird im Jahr 2021 in den Händen des Hessischen Staatsministers Prof. Dr. R. Alexander Lorz liegen. Um die Angelegenheiten der B-Länder kümmert sich der Hamburger Schulsenator Ties Rabe. Ein ständiges Gastrecht in den KMK-Gremiensitzungen nimmt der jeweilige Vorsitzende der Kultur-Ministerkonferenz wahr. Durch den turnusgemäßen Wechsel geht diese Aufgabe vom bayerischen Vertreter des Kulturgremiums auf den Berliner Kulturse-nator Klaus Lederer über.

Mehr Übereinstimmung in zentralen bildungspolitischen Fragen

Im weiteren Verlauf ihres ersten Auftritts im neuen Amt bedankte sich Präsidentin Ernst ausdrücklich bei ihrer Vorgängerin Stefanie Hubig. Sie habe im herausfordernden Jahr 2020 mit dem Ausbruch der Corona-Krise eine hervorragende Arbeit geleistet und ihr Amt mit Engagement geführt. Wörtlich führte Ernst weiter aus: „Die Pandemie bestimmt auch weiterhin unser Leben in Deutschland. In diesen bildungspolitisch anspruchsvollen Zeiten ist es wichtig, die Entwicklungen weiter voranzutreiben.“

Im einzelnen präziserte Ernst ihre Pläne und Vorhaben, denen sie sich in ihrer Amtszeit mit Vorrang widmen wolle. Zu ihnen gehörten die Ausweitung von Poolaufgaben für das Abitur auch in den naturwissenschaftlichen Fächern. Abschließend nahm Ernst fachübergreifende Aufgaben der KMK in den Blick: „Die KMK hat im Oktober 2020 eine Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen beschlossen. Beschrieben werden in 44 Artikeln zentrale Fragen der Qualitätssicherung, übergrei-

fende Grundsätze der Bildung und Erziehung in den Ländern, die Aufgaben der an Schule Beteiligten, allgemeine Regelungen wie die Ferienregelung, die Gliederung und Organisation des Schulsystems und Fragen der Lehrerbildung.“ Daneben sei hervorzuheben, dass mit dem Abkommen die Länder eine „Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz“ einrichten. Die politischen Vorgaben enthielten eine Reihe von Aufgaben, die es nun umzusetzen gelte, schloss Ernst ihren Aufgabenkatalog.

„Auch die Lehrer haben einen harten Job!“

Nur wenige Tage nach ihrer Amtseinführung stellte sich Präsidentin Ernst kritischen Journalistenfragen zu einem Corona-angemessenen Verhalten in den Schulen, zur Digitalisierung und zu den besonderen beruflichen Belastungen, die auf die Lehrkräfte zugekommen seien.

Lehrerinnen und Lehrern stellte Ernst ein gutes Zeugnis aus: „Sie machen einen großartigen Job. Sie sind durch die andere Art, Unterricht zu machen, sehr belastet. Sie haben unglaublich viel dazu gelernt. – Sie mussten Programme lernen, lernen, die Cloud zu bedienen, und lernen, ihren Unterricht umzustellen. Ich bin unseren Lehrerinnen und Lehrern sehr dankbar“

Auch bei der Einführung der Digitalisierung sieht Ernst die Schulen auf einem guten Weg.

„Sie sind auf jeden Fall viel besser vorbereitet. Jede Schule hat ein Konzept, wie Distanzunterricht erfolgen kann. Es gibt kluge Konzepte, welche Inhalte für Distanzunterricht gut geeignet sind. Es gibt Erfahrungen und auch Regeln, wie der Kontakt gehalten wird – analog oder digital. Auch die technische Ausstattung der

Schulen hat sich deutlich verbessert. Die Lernplattformen sind ausgeweitet worden. ... Es gibt aber noch genug Schulen, an denen es schlichtweg am schlechten Internet scheitert,“ schränkte Ernst ein.

Bei der Frage der Fortbildung von Lehrkräften zur Beherrschung digitaler Konzepte und Strategien berief sich Ernst auf die allgemeine Fortbildungsverpflichtung von Lehrkräften, wie sie in den jeweiligen landesspezifischen Schulgesetzen und Verordnungen vorgesehen ist, ohne jedoch zu hinterfragen, wie kontrolliert und nachhaltig dieser Grundsatz eingehalten wird: „Die Länder haben sich dazu verpflichtet, die digitale Fortbildung für Lehrkräfte deutlich auszuweiten. Das muss sehr konkret auf die wirklich benötigten Anforderungen abgestellt sein. Wir haben den Fortbildungsbedarf bereits abgefragt und hoffen, die Lehrkräfte so wirklich effektiv unterstützen zu können. Fortbildungen müssen auf die konkreten Personengruppen zugeschnitten sein. Eine Schulleitung braucht doch ganz andere Maßnahmen als die qualifizierte Fachlehrkraft.“



Text: Karlheinz Kaden
carlo-heinz.kaden@t-online.de

Vorstellung der „S3-Leitlinie“ zur Abwehr von SARS CoV-2-Übertragungen in Schulen“

Ministerin Karliczek: Wichtiger Beitrag der Wissenschaft für Schule in Pandemie-Zeiten – dbb sieht Länder und Kommunen in der Pflicht

Ein neuer Maßnahmenkatalog zur Kontrolle und Bekämpfung der Corona-Pandemie ist in den ersten Februartagen des Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Er fasst die Ergebnisse einer repräsentativen Gruppe von Wissenschaftlern aus den für das Thema bedeutsamen Fachgesellschaften zusammen und berücksichtigt darüber hinaus den Gedankenaustausch der Experten und Expertinnen mit maßgeblichen Entscheidungsträgern sowie Vertretern aus Lehrer-, Eltern- und Schülerschaft.

Im Zusammenhang mit der Präsentation der Leitlinie erklärte BMBF-Ministerin Anja Karliczek, dass trotz bestehender Unsicherheiten an den Schulen weitreichende Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsrisikos getroffen werden müssten. Wenn das Infektionsgeschehen es zulasse und die Entscheidung getroffen worden sei, die Schule wieder zu öffnen, ergebe

sich die Notwendigkeit, dass die Verantwortlichen vor Ort wissen, was zu tun ist. Wörtlich stellte Karliczek fest: „Jetzt können wir den Schulen evidenzbasierte und von einer breit aufgestellten Gruppe getragene Handlungsempfehlungen an die Hand geben. Ich bin daher den beteiligten Fachgesellschaften, aber auch den Vertretern der Lehrer-, Eltern- und Schü-



Die S3-Leitlinie im Überblick

Die neue S3-Leitlinie zu „Maßnahmen zur Prävention und Kontrolle der SARS-CoV-2-Übertragung in Schulen“ liegt zunächst in einer Kurzfassung vor. Sie steht seit Anfang Februar auf der Internetseite der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften e.V. (AWMF) und auf der Internetseite des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum Download bereit.

Die Kurzfassung umfasst Empfehlungen zu insgesamt neun Fragestellungen zur Reduktion der Anzahl der Schülerinnen und Schüler im Präsenzunterricht, zum Tragen von Masken in Schulen, zum Infektionsschutz auf Schulwegen, zu Musik- und Sportunterricht, zum Umgang mit Verdachtsfällen und Quarantäne in den Klassen, sowie zum Lüften und zur Luftreinigung in Schulen. Grundsätzlich gilt, dass alle Maßnahmen aufeinander abgestimmt sein müssen, um zu wirken. Ausgangspunkt ist ein Standard-Maßnahmenpaket, das sich an den allgemein in

der Bevölkerung geltenden AHA+L-Regeln zu Abstand, Hygiene, das Tragen einer angemessenen Maske und Lüften orientiert.

Das Thema der Schulschließungen wird in der Leitlinie ausdrücklich nicht behandelt. Auch das Thema ‚Testen‘ wurde mit Blick auf das parallel laufende B-FAST-Projekt im Rahmen des Netzwerks ‚Universitätsmedizin‘ ausgeklammert.

Die Empfehlungen beruhen auf einer Gesamtschau der aktuell verfügbaren Studien zur Wirksamkeit der entsprechenden Maßnahmen. Allerdings sind dies zum größten Teil Modellierungsstudien, deren Ergebnisse nur eingeschränkt in den Schulalltag übertragbar sind. Neben dem Blick auf die gesundheitlichen Wirkungen von Maßnahmen wurden auch Kriterien zur Akzeptanz und gesundheitlicher Chancengleichheit, zu sozialen und ökologischen Folgen aber auch finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen und letztlich auch Machbarkeit berücksichtigt

Quelle: BMBF



Wissenschaftsministerin Karliczek: „Die Richtlinie bringt unterschiedliche Fachrichtungen zusammen und stimmt deren Ergebnisse untereinander ab“ (Fotos: BMBF, dbb)



„Es liegt vor allem bei Ländern und Kommunen, die Umsetzung der Leitlinie so durchzuführen, dass bundesweit ein möglichst sicherer Schulbetrieb gewährleistet ist“, dbb-Vorsitzender Silberbach



Stellv. dbb-Vorsitzender Böhm: „Eine Halbierung der Schulklassen, Wechsel- und Distanzunterricht bedeuten eine nicht unerhebliche Mehrbelastung für die Lehrkräfte ...“

lerschaft und den weiteren Institutionen, die bei dieser Leitlinie mit eingebunden waren, sehr dankbar, dass sie genau das erarbeitet haben: Eine klare und wissenschaftlich fundierte Leitlinie zu den Maßnahmen zur Prävention und Kontrolle der SARS-CoV-2-Übertragung in Schulen. Ich bin froh, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung dieses Vorhaben im Rahmen unserer Förderung des Netzwerks Universitätsmedizin mit unterstützen konnte.“

In ihren weiteren Ausführungen ging Ministerin Karliczek auf den interdisziplinären Charakter der vorgestellten Richtlinie aber auch auf die Verantwortung ein, die auf den Beteiligten vor Ort ruhe. Dazu sagte Karliczek: „Die neue Leitlinie ist dazu aus meiner Sicht eine große Hilfestellung für den Schulbetrieb in den nächsten Wochen und Monaten, wobei natürlich die jeweiligen Schulverantwortlichen gemeinsam mit den Gesundheitsämtern die Entscheidungen treffen müssen. Der große Wert besteht bei der Leitlinie auch darin, dass die Sichtweisen der verschiedenen Fachrichtungen zusammengetragen und untereinander abgestimmt wurden.“

Dass eine erfolgreiche Umsetzung der S3-Richtlinie Umsicht, Disziplin und Konsequenz erfordere, machte die Ministerin in einer Schlussbemerkung deutlich: „Wir alle wünschen uns eine schnelle Rückkehr zur Normalität. Die Öffnung unserer Schulen und Kitas sollte dabei die höchste Priorität haben. Doch auch wenn wir vorsichtig beginnen, über erste Öffnungen nachzudenken, werden alle am System

Schule Beteiligten weiter viel Disziplin aufwenden müssen. Das heißt: Abstand halten, Masken tragen sowie Mobilität und unsere Kontakte einschränken. ... Je konsequenter die Maßnahmen umgesetzt werden, desto länger und mehr Schule in Präsenz wird möglich sein. Das wünschen wir uns doch alle!“

STUFENPLAN MIT AUGENMASS?

Sowohl der dbb-Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach wie auch sein Stellvertreter Jürgen Böhm, gleichzeitig Vorsitzender des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), nahmen die Vorstellung der S3-Richtlinie zum Anlass, Inhalte und Strategie des Papiers hinsichtlich ihrer operativen Anwendbarkeit zu prüfen. Dazu stellte Silberbach fest: „Mit Blick auf das Infektionsgeschehen in Schulen hat eine repräsentative Gruppe von Expertinnen und Experten gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Lehrer-, Eltern- und Schülerschaften sowie von maßgeblichen Entscheidungsträgern eine wissenschaftlich fundierte und evidenzbasierte Handlungsempfehlung entwickelt. ... Viele der in der Leitlinie enthaltenen Maßnahmen sind nicht neu, jedoch werden sie bislang nicht durchgehend und nicht im Gesamtpaket umgesetzt. Insofern liegt es vor allem bei Ländern und Kommunen, die Umsetzung der Leitlinie und der empfohlenen Maßnahmen so durchzuführen, dass bundesweit ein möglichst sicherer Schulbetrieb gewährleistet ist. Allerdings setzt die Leitlinie voraus, dass die Inzidenzwerte überhaupt eine Öffnung der Schulen zu-

lassen. Vielerorts ist das leider nach wie vor nicht der Fall.“

Böhm mahnte als Voraussetzung für eine erfolgreiche Anwendung der S3-Richtlinie die Aufstellung eines bundesweiten, eindeutig indikatorengestützten Stufenplans an, der „nicht von Land zu Land uminterpretiert werden dürfe. Wörtlich erklärte Silberbachs Stellvertreter: „Der Gesundheitsschutz von Lehrkräften und Schülerschaft muss eine ebenso hohe Priorität haben, wie die momentan immer lauter geforderte Öffnung der Schulen und Kitas. Nicht minder wichtig ist auch die Qualität des Unterrichts in Distanz-, Hybrid- und Präsenzform. Eine Halbierung der Schulklassen, Wechsel- und Distanzunterricht bedeuten eine nicht unerhebliche Mehrbelastung für die Lehrkräfte, die ebenfalls mitbedacht werden muss. Für einen umfassenden Gesundheitsschutz, der alle Facetten von Lüftung über Masken bis hin zu Impfangeboten umfasst, ist die Fürsorgepflicht des Staates als Dienstherr und Arbeitgeber gegenüber Lehrkräften gefordert.“



Text: Karlheinz Kaden
carlo-heinz.kaden@t-online.de

Flickenteppich „Stufenpläne“

VDR-Landesverbände mahnen bessere Abstimmung der Länder bei Corona-Virus-Bekämpfung an

Vielen Funktionsträgern im VDR sprach dessen Vorsitzender, Jürgen Böhm, vermutlich aus dem Herzen, als er in seiner Presseerklärung vom 10. Februar d.J. feststellte: „Die Bundeskanzlerin wäre sicher gut beraten gewesen, sich auch bei den Sicherheitsvorkehrungen an den Schulen durchzusetzen, um den wilden Öffnungsfantasien einiger Ministerpräsidenten und Kultusminister keinen freien Lauf zu lassen.“

„ÜBERMUT TUT SELTEN GUT ...“



Timo Lichtenthäler

Auch Timo Lichtenthäler, Vorsitzender des Verbandes Reale Bildung (VRB) in Rheinland-Pfalz, empfand ähnlich: Fallende Inzidenzzahlen gäben keinen Anlass zu Risikoeinscheidungen. „Verbreitung und Wirkung der Viren und deren Mutationen sind wissenschaftlich nicht einschätzbar. Ein vorsichtiges Vorgehen bei der Entscheidung über Schulöffnungen ist daher zwingend geboten.“

Auch Bildungspolitiker räumten mittlerweile ein, dass Schulen Teil des Infektionsgeschehens sind. Infektionen würden dabei sowohl von außen in die Schulen hineingetragen als auch durch Übertragungen innerhalb der Schule wieder in die Allgemeinheit gestreut. Die Frage, in welcher Weise der Schulbetrieb wieder möglich sei, könne nicht losgelöst vom regionalen und überregionalen Infektionsgeschehen betrachtet werden. Den aktuellen Diskussionsstand im VRB fasste Lichtenthäler wie folgt zusammen: Wechselunterricht solle erst bei einer 7-Tage-Inzidenz unter 35 Neuinfektionen je 100.000 Einwohner beginnen. Den warnenden Hinweis „Übermut tut selten gut!“, gelte es auch hier zu berücksichtigen.

Ähnlich argumentiert auch der Vorsitzende der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL), Dirk Meußner: „Die als „behutsam“ bezeichnete Schulöffnungsstrategie in Schleswig-Holstein



Dirk Meußner

lässt uns ratlos zurück. Es handelt sich um eine Abkehr von den bisherigen inzidenzbasierten Reaktionsplänen. ... Während in den Kreisen Plön oder Dithmarschen mit Inzidenzen unter 20 die erwartete und bereits vorbereitete Rückkehr der fünften und sechsten Klassen in den Wechselunterricht ausfällt, werden in Kreisen wie Ostholstein mit einer Inzidenz von deutlich über 50 alle Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 4 in voller Klassenstärke in den Präsenzunterricht zurückgeholt.“ Meußners Resümee dazu lautet: Das ist weder „behutsam“ noch verantwortungsvoll.“

RITT AUF DER RASIERKLINGE



Sven Christoffer

Mit Sorge verfolgt auch der Vorsitzende von „lehrer nrw“, die am 22. Februar d.J. erfolgte teilweise Rückkehr in den Präsenzunterricht im Bundesland Nordrhein-Westfalen, die für Abschlussklassen sogar in voller Personalstärke möglich sein soll.“ Das ist ein Ritt auf der Rasierklinge“, warnt Sven Christoffer. „Wir haben zum Beispiel in der Jahrgangsstufe 10 vielfach Klassenstärken von 30 Schülerinnen und Schülern. Damit sind Abstandsregeln nicht einzuhalten. Das Robert-Koch-Institut empfiehlt generell

eine konsequente Einhaltung der Abstands- und Hygienevorgaben sowie bei Inzidenzwerten über 50 die Teilung von Klassen oder Wechselunterricht. Wir fordern daher Wechselmodelle in den Abschlussklassen an allen weiterführenden Schulen, so wie es auch für die Grundschulen vorgesehen ist.“



Jens Weichelt

Der Sächsische Lehrerverband (SLV) trug seine Bedenken und Vorschläge Kultusminister Piwarz und weiteren Vertretern des sächsischen Kultusministeriums während einer gemeinsamen Videokonferenz am 14. Januar d.J. vor und wies nachdrücklich auf die anhaltend hohen Infektionszahlen im Lande hin. Der SLV sehe die Wiederaufnahme des Schulbetriebes für die Abschlussklassen nach den Weihnachtsferien äußerst kritisch und als nicht vertretbar an.

SLV-Chef Weichelt bedauerte, dass das Kultusministerium unter Abwägung verschiedener Interessen an einer Wiederaufnahme des Unterrichts festhalte. Mit verschiedenen Maßnahmen, insbesondere der Einhaltung von Abständen durch Klassenteilung, soll das Infektionsrisiko minimiert werden. Mit Schnelltests für Schüler und Lehrkräfte sollte ebenfalls mehr Sicherheit hergestellt werden. Die Zielsetzung dieser Maßnahme wäre durchaus im Interesse der Betroffenen, aber nach den Erkenntnissen des SLV liege die Testbereitschaft weit unter den Erwartungen, warnte der Verband.

VRB SAARLAND: VERSTOSS GEGEN ARBEITSSTÄTTEN-VO



Karen Claassen

Kritisch setzte sich die Vorsitzende des Verbandes Reale Bildung Saarland (VRB) mit dem Muster-Hygieneplan des Saarlandes auseinander und monierte: „Der Musterhygieneplan für saarländische Schulen betrachtet in seiner derzeit gültigen Fassung nach wie vor das Lüften als zentrale Maßnahme der Pandemiebekämpfung. Es soll alle 20 bis 25 Minuten eine Stoßlüftung über zwei bis drei Minuten und in jeder Pause eine Querlüftung über gegenüberliegende Fenster/Türen erfolgen. Insbesondere die Querlüftung in den ca. 20-minütigen Pausen ist nunmehr aufgrund des Kälteeinstroms von außen problematisch. – Bei den derzeitigen Witterungsbedingungen ist dieses Vorgehen

nach Ansicht des VRB Saarland Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern nicht zuzumuten. ... – Da es in den Sommermonaten versäumt wurde, ein Konzept zu erstellen, das auch in der kalten Jahreszeit den Unterrichtsbetrieb aufrecht erhalten kann, bleibt für den VRB nur eins: Räume, die nicht den in der Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) vorgeschriebenen Mindestwert der Lufttemperatur von 20 Grad für leichte Arbeit im Sitzen aufweisen, können für den Unterrichtsbetrieb nicht benutzt werden.“

EINIGKEIT MACHT STARK



Claudia Diepenbrock

In einer Reihe von Bundesländern schlossen sich vor allem zum Deutschen Lehrerverband (DL) gehörende Interessenvertretungen der Lehrkräfte zu Aktionsbündnissen zusammen, um gemeinsam eine Verbesserung der Verhältnisse herbeizuführen. Unter dem Dach des sachsen-anhaltinischen dbb – beamtenbund und tarifunion – wandten sich Claudia Diepenbrock vom Sekundarschul-Lehrerverband (SLV-SA) und die Vertreter befreundeter Verbände wie der Philologenverband in einem Offenen Brief an Kultusminister Tullner und traten darin für eine verbesserten Infektionsschutz an den Schulen in Sachsen-Anhalt ein. Wörtlich erklärten die Verfasser: „Lehrkräfte im Präsenzunterricht arbeiten Kohorten übergreifend und sind einem hohen Infektionsrisiko ausgesetzt. Daher sind diese umgehend zu impfen. Bis dahin sind alle Lehrkräfte im Zuge des Arbeitsschutzes umfassend mit FFP2-Masken auszustatten und ihnen sind bis zur erfolgten Impfung in den Schulen Schnelltests zugänglich zu machen.“

Mit einer breit aufgestellten Bündelung von Interessen machte auch der Berliner VDR-Verband – lehrer berlin – gute Erfahrungen und konfrontierte die dortigen Schulbehörden mit ihren Versäumnissen bei der Digitalisierung.

SCHULISCHE LEISTUNGEN MÜSSEN MINDESTSTANDARDS ENTSPRECHEN

Um die Sicherung ausgewiesener Standards bei Prüfungen und anderen Leistungsnachweisen zeigten sich neben VDR-Bundvorsitzendem Böhm auch die VDR-Landesverbände Bayern und Baden-Württemberg besorgt. Böhm hatte dazu in einer Presseerklärung vom 15. Januar d.J. festgestellt: „Es wäre geradezu sträflich, Prüfungen vollständig auszusetzen oder deren Kriterien



Jürgen Böhm

Pandemie darf nicht dazu führen, dass diese Qualität leidet oder gar abgeschafft wird. Die jetzige Schülergeneration muss sich auf das Siegel verlassen können. Notlösungen darf es nicht geben!“ – An den Schulen dürften durch die Corona-Krise keine verlorenen Jahrgänge erzeugt werden. „Wenn wir von Gerechtigkeit in der Bildung sprechen, dann sprechen wir gerade und besonders von Leistung. Die Schüler brauchen Vergleichbarkeit und die Möglichkeit, einen guten Abschluss zu absolvieren, um erfolgreich in ihr Berufsleben und in ihre Karriere starten zu können. Durch die Absenkung von Niveau und Anspruch verlieren sie Bildungschancen und haben massive Nachteile gegenüber anderen.“



Dr. Karin Broszat

Der Realschullehrerverband Baden-Württemberg (RLV) hat zur realistischen Einschätzung von schulischen Leistungen vor allem Bedenken gegenüber der derzeit geübten Praxis zur Erstellung von Grundschulempfehlungen für den Besuch weiterführender Schulen. In einem Forderungspapier, das der RLV gemeinsam mit dem baden-württembergischen Philologenverband erarbeitet hat, fordert er: „Gebt der Grundschulempfehlung die Verbindlichkeit zurück!“ In der Begründung des Vorstoßes heißt es: „2012 wurde seinerzeit unter Grün-Rot den Grundschullehrkräften die Kompetenz abgesprochen, aus schulisch professioneller Sicht die Leistungsfähigkeit ihrer Schülerinnen und Schüler einzuschätzen und sie verbindlich auf eine der sinnvoll ineinandergreifenden weiterführenden Schularten zu empfehlen. Aus Verbindlichkeit ist Beliebigkeit geworden, die allen Schularten gleichermaßen zusetzt.“

BLITZUMFRAGE IN HESSEN



Jörg Leinberger

massiv zu verändern. „Die Abschlüsse stellen ein Qualitätssiegel dar. Sie sind Grundvoraussetzung für das berufliche und schulische Weiterkommen der jungen Menschen. Die

Pandemie darf nicht dazu führen, dass diese Qualität leidet oder gar abgeschafft wird. Die jetzige Schülergeneration muss sich auf das Siegel verlassen können. Notlösungen darf es nicht geben!“ – An den Schulen dürften durch die Corona-Krise keine verlorenen Jahrgänge erzeugt werden. „Wenn wir von Gerechtigkeit in der Bildung sprechen, dann sprechen wir gerade und besonders von Leistung. Die Schüler brauchen Vergleichbarkeit und die Möglichkeit, einen guten Abschluss zu absolvieren, um erfolgreich in ihr Berufsleben und in ihre Karriere starten zu können. Durch die Absenkung von Niveau und Anspruch verlieren sie Bildungschancen und haben massive Nachteile gegenüber anderen.“

Der Realschullehrerverband Baden-Württemberg (RLV) hat zur realistischen Einschätzung von schulischen Leistungen vor allem Bedenken gegenüber der derzeit geübten Praxis zur Erstellung von Grundschulempfehlungen für den Besuch weiterführender Schulen. In einem Forderungspapier, das der RLV gemeinsam mit dem baden-württembergischen Philologenverband erarbeitet hat, fordert er: „Gebt der Grundschulempfehlung die Verbindlichkeit zurück!“ In der Begründung des Vorstoßes heißt es: „2012 wurde seinerzeit unter Grün-Rot den Grundschullehrkräften die Kompetenz abgesprochen, aus schulisch professioneller Sicht die Leistungsfähigkeit ihrer Schülerinnen und Schüler einzuschätzen und sie verbindlich auf eine der sinnvoll ineinandergreifenden weiterführenden Schularten zu empfehlen. Aus Verbindlichkeit ist Beliebigkeit geworden, die allen Schularten gleichermaßen zusetzt.“

Eine anspruchsvolle Aufgabe hat sich der hessische VDR-Landesverband, Deutscher Lehrerverband Hessen (VDL) gestellt. Unter der Überschrift „Schulstart mit dem Wech-

selmodell in den Jahrgangsstufen 1 bis 6 und in der Q2“ wollen Jörg Leinberger und sein Landesvorstand empirisch erheben, wie die hessischen Lehrkräfte in den Jahrgangsstufen 1 bis 6 sowie der Q2 zum für den 22. Februar d.J. vorgesehenen Schulstart stehen. Besonderes Interesse besteht an Angaben zu den Schutzmaßnahmen für jedwedes Schulpersonal, aber auch für die Schülerinnen und Schüler.

DAS LETZTE



Torsten Neumann

Eine Zumutung der besonderen Art hat Kultusminister Grant Hendrik Tonne den niedersächsischen Lehrkräften auf den Schreibtisch gepackt. Der in den Schulen an sich beliebte Girls'-Day – inzwischen gibt es auch einen Boys'-Day – soll in diesem Jahr nicht wie bisher in der ausbildenden Wirtschaft und Verwaltung stattfinden und dem Kennenlernen beruflicher Ausbildungsgänge dienen. Pandemiebedingt werden Schülerinnen und Schüler in ihren Schulen verbleiben. Dennoch sollen Girls'- bzw. Boys'-Day wie vor Corona vereinbart am 22. April des Jahres stattfinden. Im Verband Niedersächsischer Lehrkräfte (VNL) hat die Weisung des Ministers scharfen Protest hervorgerufen. So erklärte der VNL-Vorsitzende Torsten Neumann gegenüber der Presse: „Mit der Anweisung zur Organisation der digital durchzuführenden gendersensiblen Beruflichen Orientierung werden Niedersachsens Schulen ein weiteres Mal „von oben“ erheblich belastet. Das Ministerium macht es sich zu einfach, auf Organisationen wie die „Initiative Klischeefrei“ und auf Webseiten wie <https://www.girls-day.de> und <https://www.boys-day.de> hinzuweisen. Die eigentliche Arbeit muss an den Schulen selbst erfolgen, noch dazu, wo bislang kaum digitale Angebote von Betrieben und Einrichtungen existieren.

„Unsere Schulen und ihre Lehrkräfte sind nach einem Jahr Pandemiebewältigung über die Maße belastet und arbeiten bereits am Limit, sehr viele darüber. Wir brauchen jetzt nicht noch neue, arbeitsintensive Maßnahmen, so wichtig Berufsorientierung auch ist. Diese Anweisung aus dem Ministerium demotiviert mehr, als dass sie hilft.“



Einen Überblick der aktuellen Geschehnisse in den Landesverbänden stellte Karlheinz Kaden zusammen.

EIN JAHR CORONA IM PRESSESPIEGEL DES VDR

→ 5. März 2020

Coronavirus: Notfall-Maßnahmepaket für die Schulen ist unabdingbar

Gesundheit und Schutz der Schüler und Lehrkräfte im Fokus

Täglich steigen die Infektionen, das Coronavirus breitet sich epidemieartig aus. Die Quarantänemaßnahmen nehmen zu, Messen finden nicht statt, Schulen werden geschlossen und Studienfahrten abgesagt. „Es geht um die Gesundheit und den Schutz unserer Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte“, betont Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbandes (VDR). Deshalb fordert er ein umfassendes Maßnahmenpaket der Bundesländer:

- Konsequente Umsetzung und Kontrolle der notwendigen Hygienemaßnahmen an den Schulen
- Klare und schnelle Entscheidungen über Schulschließungen durch die zuständigen Landesbehörden und Ministerien unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten
- Notfallplan zur Sicherstellung des Bildungsauftrages durch Nutzung digitaler Portale und digitaler Aufgabenpools
- Nutzung digitaler Möglichkeiten zur Vorbereitung der Abschlusschülerinnen und -schüler auf Prüfungen und Abschlüsse
- Bereitstellung eines Finanzpakets durch die Bundesländer für bereits entstandene und nicht stornierbare Kosten bei ausgefallenen Schulfahrten und Schulveranstaltungen



„Genau dies hatte der Deutsche Realschullehrerverband (VDR) unter anderem zuvor gefordert“, „Wir dürfen keine Zeit verlieren und keine unnötigen Risiken eingehen“, sagte der VDR-Bundesvorsitzende Jürgen Böhm.

→ 11. März 2020

Schulschließungen jetzt sofort – flächendeckend

Böhm (VDR) fordert bundesweit klare Linie: In Verantwortung für alle Menschen in unserem Land muss jetzt gehandelt werden



Dagegen fordert Jürgen Böhm, der Chef des bayerischen und deutschen Realschullehrerverbands, sofort flächendeckende Schließungen in ganz Deutschland. Dass es bundesweit keine einheitliche Linie gebe, nennt Böhm „unverantwortlich“ und „Salamitaktik“.

→ 17. April 2020

Re-Start in eine neue (Schul-)Realität

VDR fordert zum schrittweisen, differenzierten Schulstart klare Rahmenbedingungen für Schüler und Kollegen – Ferienregelungen als Struktur und Gerüst unantastbar

- Wie könnten schrittweise Öffnungen von Schulen aussehen? Dazu im Interview: Jürgen Böhm, Vizepräsident des Deutschen Lehrerverbandes.

20. April 2020, 7:16 Uhr Schulabschlüsse

"Ums Abi wird viel mehr Hype gemacht"

DEUTSCHLAND REALSCHULEN IN DER CORONA-KRISE

„Der ständige Blick auf die Abiturienten ist leider typisch“



→ 8. Juni 2020

Neues Schuljahr und Corona-Pandemie?

Plan B auch im neuen Schuljahr ständiger Begleiter

Wunschdenken und Ignoranz bringen uns nicht weiter!



Die Pandemie sei noch längst nicht vorbei und könne jederzeit mit voller Wucht zurückkommen, sagt Böhm. Der VDR-Chef warnt vor einem Wunschdenken der Verantwortlichen und in der Gesellschaft: „Ein ‚Augen-zu-und-durch‘ kann das Virus zwar leugnen, wird es aber nicht beseitigen.“ Böhm betont, dass es kein einfaches Zurück zum ursprünglichen Normalzustand an den Schulen geben kann. „Mit Beginn des neuen Schuljahres müssen in allen Bundesländern verbindliche Konzepte für Arbeit im Normal- (Plan A) und Notbetrieb (Plan B) vorliegen“, sagt er. „Die permanente Uminterpretation und Veränderung der bestehenden Regeln hilft dabei niemandem.“

Die Pandemie sei noch längst nicht vorbei und könne jederzeit mit voller Wucht zurückkommen, sagt Böhm. Der VDR-Chef warnt vor einem Wunschdenken der Verantwortlichen und in der Gesellschaft: „Ein ‚Augen-zu-und-durch‘ kann das Virus zwar leugnen, wird es aber nicht beseitigen.“ Böhm betont, dass es kein einfaches Zurück zum ursprünglichen Normalzustand an den Schulen geben kann. „Mit Beginn des neuen Schuljahres müssen in allen Bundesländern verbindliche Konzepte für Arbeit im Normal- (Plan A) und Notbetrieb (Plan B) vorliegen“, sagt er. „Die permanente Uminterpretation und Veränderung der bestehenden Regeln hilft dabei niemandem.“

→ 14. Juni 2020

Digitalisierung: verschlafen – überreguliert – verantwortungslos

Lehrkräfte dienen nicht als Prellbock für verpasste Digitalisierung Wund Sparpolitik der letzten Jahre

„Der Skandal um die Äußerungen des Thüringer Datenschutzbeauftragten macht das Dilemma der Digitalisierung an den Schulen in Deutschland während der Corona-Pandemie deutlich. Die Krise dient als Indikator des Standes der Digitalisierung im Bildungswesen und sie zeigt, dass die Lehrkräfte, nicht nur in Thüringen, als billige Sündenböcke für staatliche Versäumnisse erhalten müssen“, so der Bundesvorsitzende.



→ Oktober 2020

Die Diskussion über die Verlängerung der Weihnachtsferien und die Verschiebung von Ferien schlägt grad hohe Wellen. Wir sollten nicht in sinnlosen Aktionismus verfallen! Deshalb ist die Ferienverlängerung oder Ferienverschiebung ganz klar abzulehnen.



Die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen stellen sich engagiert den Herausforderungen und es gibt klare Pläne, sich dem jeweiligen Infektionsgeschehen zu stellen. Eine Rückkehr zur hundertprozentigen Fernbeschulung möchte niemand – aber es



Anhörung im Thüringer Landtag

ist die letzte, zeitlich begrenzte Option in besonders schwer betroffenen Regionen.

Sämtliche Abläufe und Strukturen ständig auszuhebeln und in Frage zu stellen ist nicht zielführend.

→ 25. Oktober 2020

Klare Linie für Schulen gefordert – Grenzwerte dürfen nicht ständig uminterpretiert werden!



→ 6. November 2020

Das Machbare möglich machen – Bildung in Coronazeiten

Böhm (VDR) fordert verantwortungsbewusste Entscheidungen und regionales Handeln für die Schulen

Jürgen Böhm, Vorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands: „Das Hauptanliegen in der Krise muss sein, dass neben dem Präsenzunterricht und anderer Bildungsangebote, die Sicherheit der Schüler, Lehrkräfte und deren Familien gewährleistet ist.“





HETZE IN SCHULEN
Lehrer sollen sich nicht einschüchtern lassen!
 Falsche Toleranz-Vorstellungen, viel falsch gemacht worden. Das sagt der Vize des Deutschen Lehrerverbands Jürgen Böhm. Die Hetze kommt oft aus der Familie in die Schule.



→ 3. Januar 2021

Ignoranz verhindert schnelles Ende der Corona-Pandemie

Böhm (VDR) fordert für die Schulen bundesweit klare Linie: Inzidenzwerte müssen entscheiden



Corona: Verlässt ein verlorener Jahrgang die Schulen?
 Theresa Martin und Julia Emrich
 Aktualisiert: 21.01.2021, 09:30
 Lesedauer: 6 Minuten



Berliner Morgenpost „In einigen Bundesländern will man immer noch nicht verstehen, dass es auch an den Schulen ein Infektionsgeschehen gibt und sich Kinder, Jugendliche und Lehrkräfte dort anstecken“, erläuterte Böhm. „Diese Tatsache wird mit einer Ignoranz und Arroganz unterschätzt, dass einem fast die Worte fehlen.“

→ 15. Januar 2021

Qualität der Abschlüsse erhalten!

Böhm (VDR) sieht in der Abschwächung oder gar Aussetzung von Prüfungen eine massive Ungleichbehandlung

Berliner Morgenpost Böhm: Berufsorientierung auch in der Pandemie – Nur eine Gruppe bleibt dabei außen vor, sagt Jürgen Böhm, Vorsitzender des Realschullehrerverband: Die Schülerinnen und Schüler, die statt Abi den **Hauptschul-** oder **mittleren Bildungsabschluss** machen. „Der Fokus in der Debatte liegt zu sehr auf den Abiturienten“, sagt er.

→ 20. Januar 2021

Missachtung der Schutzmaßnahmen an Schulen muss endlich aufhören!

Böhm (VDR) fordert strikte Umsetzung der Beschlüsse. Ohne Wenn und Aber!



Die Bildungsallianz des Mittelstands startet in Bayern mit Schirmherr Hubert Aiwanger durch

rundschau24.de Ziele mit ökologischen und sozialen Aspekten in Einklang bringen Jürgen Böhm, Stellv. Vorstandsvorsitzender der Bildungsallianz und Vorsitzender des ...

→ 25. Januar 2021

ZEIT ONLINE (...) Manches spricht für die Prüfungen. Böhm sagt: „Der Mittlere Abschluss darf auf keinen Fall entwertet werden. Er muss seine hohe Qualität behalten, damit die Absolventen in der Ausbildung mithalten können.“ Auch die Schülerinnen und Schüler wollten die Prüfungen, unter anderem weil sie befürchten, mit einem leichteren Corona-Abschluss stigmatisiert zu werden. ...

→ 1. Februar 2021

Realschullehrerverband: Klare Linie der Coronabewältigung an den Schulen immer noch überfällig

rundschau24.de Jürgen Böhm, VDR-Bundesvorsitzender: „Lehrkräfte sind kein Spielball einer verfehlten Strategie zur Bewältigung – Das Impfen mit Vehemenz vorantreiben“...

→ 6. Februar 2021



→ 9. Februar 2021

Realschullehrerverband fordert für die Schulen ein inzidenzbasiertes Sicherheitskonzept – Keine Experimente!

rundschau24.de Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender Realschullehrer Bayern - pm (09.02.2021) „Bei dem Wort Stufenplan herrscht derzeit Klärungsbedarf und die...“

Schulen sind keine Experimentierstuben, sondern Teil der gesellschaftlichen Realität

Böhm (VDR) bekräftigt Forderung nach inzidenzbasiertem Sicherheitskonzept an Schulen

→ 10. Februar 2021

Realschullehrerverband sieht in den Ergebnissen der Konferenz der Ministerpräsidenten einen Rückschlag

rundschau24.de Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender im Verband der Deutschen Realschullehrer (VDR), sieht in den Ergebnissen der heutigen Konferenz ...

→ 11. Februar 2021

Beamtenbund verweist auf Fürsorgepflicht des Arbeitgebers

Haufe Online Redaktion Jürgen Böhm, stellvertretender Bundesvorsitzender des Beamtenbunds dbb und selbst Realschullehrer, sagte, der Gesundheitsschutz von Lehrkräften und Schülerschaft müsse eine ebenso hohe Priorität haben wie die momentan immer lauter geforderte Öffnung der Schulen und Kitas. Nicht minder wichtig ist auch die Qualität des Unterrichts in Distanz-, Hybrid oder Präsenzform. „Eine Halbierung der Schulklassen, Wechsel- und Distanzunterricht bedeuten eine nicht unerhebliche Mehrbelastung für die Lehrkräfte, die ebenfalls mitbedacht werden muss.“



Hier finden Sie den aktuellen Pressespiegel



Zusammenstellung:
Waltraud Erndl
erndl@vdr-bund.de

Lehrer mit „drei Leben“

Trauer um Ehrenvorsitzenden Hans Thielen

Der Verband Reale Bildung trauert um Hans Thielen. Unser Ehrenvorsitzender und ehemaliger Bundesvorsitzender verstarb am 25. Dezember 2020. „Drei Leben“ habe er in seiner aktiven Zeit gelebt, resümierte er anlässlich seines Geburtstagsempfangs vor vier Jahren in seinem Heimatort Korlingen: „Eins mit der Familie, eins mit der Schule und eins mit dem Verband.“

Hans Thielen wurde am 4. Oktober 1936 in Trier geboren. Seine Eltern hatten für ihn eine Lehre als Drucker vorgesehen, Hans Thielen entschied sich aber für das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium und legte dort sein Abitur ab. Seine berufliche Laufbahn begann nach dem Studium der Fächer Deutsch und Geschichte als Junglehrer an den Volksschulen in Geichlingen und Fell. Nach den anfänglichen Dienstjahren entschied er sich zum Laufbahnwechsel. 1967 legte er die „Aufstiegsprüfung“ für das Lehramt an Realschulen ab, unterrichtete dann an der Robert-Schumann-Realschule in Trier und wurde 1973 Gründungsschulleiter der Realschule Speicher. Von 1987 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2001 leitete er die Hermann-Staudinger Realschule Konz.

Erste Verbandserfahrung erwarb Hans Thielen im Bezirksverband Trier. Dort war er von 1975 bis 1981 Bezirksvorsitzender. Sein Wirkungskreis sollte sich sukzessive erweitern. Hans Thielen wurde 1981 zum Stellvertretenden VDR-Landesvorsitzenden und 1993 auf dem Landesrealschultag in Bingen zum VDR-Landesvorsitzenden gewählt. In seiner Antrittsrede sagte er der damaligen Bildungsministerin Rose Götte: „Frau Ministerin, die Realschullehrerinnen und Realschullehrer stehen als Beamte loyal hinter jeder demokratisch gewählten Regierung. Als Bürger und Pädagogen erlauben wir uns jedoch eine eigene Meinung.“ (RS in RLP, Heft 3/93, S. 181)

Den Landesvorsitz übte Hans Thielen bis 1998 aus, zeitlich parallel begleitete er das Amt des Stellvertretenden VDR-Bundesvorsitzenden. Im Mai 1998 übernahm Hans Thielen in Nachfolge des im Oktober 2020 verstorbenen Dr. Walter Trapp schließlich den Bundesvorsitz. Anerkennend schrieb die damalige Chefredakteurin unserer Landeszeitschrift Christiane Lehmann nach Hans Thielen Wechsel in das Amt des VDR-Bundesvorsitzenden (RS in RLP, Heft 3/1998, S. 10): „Wer Hans Thielen kennt, weiß, dass er kein Mann von Halbherzigkeiten ist. (...) Sein hoher Sachverstand, sein



sicheres politisches Gespür, sein hartnäckiges Verhandlungsvermögen und Verhandlungsgeschick, sein bewundernswerter Fleiß und sein ständiger persönlicher Einsatz zum Wohle unserer Schulart bleiben uns auf höherer Ebene erhalten (...).“

Führungsbewusst und zugleich teamorientiert hat sich Hans Thielen leidenschaftlich für die Realschule und die reale Bildung eingesetzt. Anerkennung und Wertschätzung hat er auf allen Ebenen erfahren. Druckreif waren seine Reden. Seine Freunde konnte er mit guten Argumenten überzeugen, seine politischen Gesprächspartner brachte er damit oft ins Wanken. Hans Thielen hat sich immer für ein differenziertes Schulsystem eingesetzt, er hat Entwicklungen eingeleitet und mitgetragen.

„Verbandsarbeit kann nur erfolgreich sein, wenn sie von möglichst vielen Menschen getragen wird. Viele Hände schaffen das Ganze.“ (Die Realschule in RLP, Heft 4/96, S. 140) Als Mitglied des Hauptpersonalrates für Realschulen, dessen Vorsitz seinerzeit Wolfgang Wünschel ausübte, und als VDR-Landesvorsitzender bewegte sich Hans Thielen in seiner Rollenvielfalt zwischen respektvoller Zurückhaltung und notwendiger Offensive.

Zwischen 1998 und 2002 war Hans Thielen VDR Bundesvorsitzender. Er nutzte dieses Mandat, sich mit wichtigen Ansprechpartnern zu vernetzen. Dazu gehörten die Wirtschaftsverbände wie DIHK, BDI und BDA, Kultusministerinnen und Kultusminister, Bildungsgremien der Parteien, Verbände und Kirchen und der Bundeselternrat. Nach seinem altersbedingten Ausscheiden aus der Verbandsarbeit auf Bundesebene blieb er dem VDR und dem VRB eng verbunden. Als sachkundiger Mitarbeiter blieb er bis 2008 im Referat „Beamtenrecht und Versorgung“ ein wertvoller Ratgeber und in schulpolitischen Fragen ein höchst kompetenter Mitstreiter.

Welch' eine schöne und interessante Zeit durfte Hans Thielen durchleben! Wir sehen eine bemerkenswerte Lebensleistung. Einfach war es nicht immer. Aber gerade die Herausforderungen waren für ihn immer wieder gleichermaßen Anreize und Handlungsmotive. „Ohne das Verständnis meiner Frau Gudrun hätte ich die Aufgabenvielfalt nicht bewerkstelligen können“, bekannte Hans Thielen, Vater von drei Söhnen und einer Tochter in Dankbarkeit gegenüber seiner Familie. Wir werden Hans Thielen in würdiger Erinnerung behalten und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Jürgen Böhm

VDR-Bundesvorsitzender

Bernd Karst

Ehrenvorsitzender RLP

Timo Lichtenthäler

Landesvorsitzender RLP

Karlheinz Kaden

Chefredakteur „Bildung Real“

Digitales Lernformat für Distanz- und Hybridunterricht: BMBF-Initiative InnoTruck bietet interaktive Online-Kurse

Deutschlandweit sind die Schulen seit Mitte Dezember geschlossen, wann der reguläre Unterricht wieder aufgenommen werden kann ist ungewiss. Für weiterführende Schulen bietet die Initiative InnoTruck des Bundesforschungsministeriums deshalb ein kostenfreies, digitales Lernangebot zur Ergänzung des Fernunterrichts in den MINT-Fächern.



Heroldsberg – Seit Beginn des zweiten Lockdowns Ende 2020 befinden sich Schülerinnen und Schüler wieder weitgehend im digitalen Homeschooling. Außerschulische Lernangebote finden in diesem Zusammenhang kaum statt, weshalb das Wissenschafts-Team der Initiative InnoTruck unterschiedliche Online-Formate entwickelt hat, die für Abwechslung im digitalen Schulalltag sorgen können, wie InnoTruck-Mitarbeiter Dr. Tobias Schwalbe berichtet: „Bereits seit November mussten wir aus Sicherheitsgründen alle Präsenzveranstaltungen mit unserer mobilen Erlebnisausstellung

absagen. Seitdem informieren wir im Rahmen verschiedener Online-Kurse über innovative Forschung und Zukunftstechnologien und zeigen, wie Jugendliche die Welt in MINT-Berufen mitgestalten können.“

Lehrkräfte bescheinigen inhaltlichen Mehrwert für Jugendliche

Im virtuellen Klassenzimmer berichten Schwalbe und seine drei Kolleginnen und Kollegen anhand von Praxisbeispielen live über Themen wie intelligente Mobilität, die Zukunft der Medizin oder nachhaltige Technologien. Sogar ein interaktiver

Workshop zur Rasterelektronenmikroskopie ist verfügbar. Ein Angebot, das Jugendlichen einen echten inhaltlichen Mehrwert und neue Perspektiven bringt, wie Chemielehrerin Daniela Heinrich-Stiller von der Lahn-talschule Biedenkopf aus eigener Erfahrung weiß: „Wir suchen immer nach spannenden, neuen Bildungsmöglichkeiten, die wir begleitend zum Unterricht nutzen können. Die InnoTruck-Seminare sind eine gute Ergänzung, da die Schüler neue Einblicke in wichtige Technologien erhalten und sich live mit den Experten austauschen können.“

Termine kurzfristig und flexibel zum Stundenplan hinzubuchen

Lehrkräfte, die Ihren Schul-klassen im Distanzunterricht dieses Zusatzangebot bieten

wollen, können jederzeit einen kostenfreien Termin direkt über die BMBF-Initiative buchen – telefonisch unter 09126 275-255 oder online: <https://www.innotruck.de/terminanfrage/>

Die Terminvereinbarung ist kurzfristig und zeitlich angepasst an den Stundenplan möglich. Wer sich Inhalt und Ablauf der Online-Kurse vor einer Buchung zunächst unverbindlich ansehen möchte, kann jederzeit an einem der regelmäßig stattfindenden öffentlichen Termine teilnehmen. Eine Terminübersicht und weitere Informationen zum digitalen Lernangebot der BMBF-Initiative InnoTruck: <https://www.innotruck.de/online-kurse/>

Quelle „BMBF-Initiative Info Truck“



InnoTruck-Wissenschaftler Dr. Tobias Schwalbe streamt direkt aus dem Home-Office ins virtuelle Klassenzimmer.

Anzeige



Wir behandeln ganzheitlich:

- Erschöpfung, Überlastungs- und Burn-out-Syndrom
- Depressionen und Ängste
- Chronische Rückenbeschwerden und Schmerzen
- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Diabetes und andere Stoffwechselerkrankungen



DEKIMED®

Celenus Deutsche Klinik für Integrative Medizin
und Naturheilverfahren

Fachzentrum für Innere Medizin/Stoffwechsel,
Psychosomatik und Orthopädie

Prof.-Paul-Köhler-Str. 3 | 08645 Bad Elster | Hotline: 0800/751 11 11

info@dekimed.de | www.dekimed.de

Ein Unternehmen der Celenus-Gruppe

(Von allen Kostenträgern zur stationären Vorsorge und Reha anerkannt)

Karliczek: Mehr außerschulische MINT-Bildungsangebote für Schülerinnen und Schüler

BMBF-Förderwettbewerb MINT-Cluster geht weiter – Jetzt bewerben!

Der Ausbau der MINT-Nachmittagsangebote geht weiter. Dafür hat das BMBF jetzt eine zweite Wettbewerbsrunde der regionalen MINT-Cluster gestartet. Damit weitet das BMBF seine Anstrengungen aus, um die MINT-Bildung in Deutschland zu stärken. Bis zum 26. April 2021 können MINT-Vereine im Zusammenschluss mit weiteren Partnern wie Schülerlaboren und Schülerforschungszentren, Kinder- und Jugendbildungswerken, Unternehmen, Hochschulen oder Kommunen und Landkreisen ihre Ideen einreichen, um das außerschulische MINT-Bildungsangebot für Schülerinnen und Schüler zu verstetigen. Hierzu erklärt Bundesbildungsministerin Anja Karliczek: „Gute MINT Bildung leistet einen wichtigen Beitrag für das Innovationsland Deutschland. In diesem Feld brauchen wir Nachwuchs. Außerschulische Lernorte sind eine hervorragende Ergänzung des Schulunterrichts, um junge Menschen für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – kurz: MINT – zu begeistern. Ich freue mich, dass wir mit der zweiten Wettbewerbsrunde noch mehr MINT-Angebote in die Fläche bringen werden. Die kürzlich gestarteten 22 MINT-Cluster der ersten Förderrunde ermöglichen es zehntausend 16-jährigen Schülerinnen und Schüler zu for-

schen, in Laboren oder mobilen Makerspaces zu experimentieren, 3-D-Druck auszuprobieren oder Coding zu lernen. Dabei sollten sich die potentiellen MINT-Cluster eng mit den Schulen vor Ort vernetzen. Als Bund unterstützen wir die Länder



in Sachen Bildung so gut es uns möglich ist. Diese Förderung reiht sich damit in die umfangreichen Maßnahmen des BMBF wie den DigitalPakt Schule oder Programme zur Lehrerqualifizierung. Nur gemeinsam können Bund und Länder den wirtschaftlichen Erfolg und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sichern.“

Hintergrund: Die eingereichten Skizzen werden mithilfe von Gutachterinnen und Gutachtern bewertet, die das BMBF bei der Auswahl der überzeugendsten Projekte unterstützen. Im Förderwettbewerb sind auch Ansätze gefragt, die Mädchen und junge Frauen noch stärker für MINT-Berufe begeistern. Die neuen MINT-Cluster sollen möglichst noch bis Jahresende starten.

Pro MINT-Cluster stellt das BMBF über eine Laufzeit von drei bis fünf Jahren durchschnittlich 500.000 Euro zur Verfügung. Insgesamt stellt das BMBF bis zu 32 Mio. Euro für den Ausbau der außerschulischen MINT-Angebote bereit. Dieses Förderprogramm ist eine zentrale Maßnahme des MINT-Aktionsplans, den das BMBF zur Stärkung der MINT-Bildung aufgelegt hat.

Pressemitteilung Nr. 019/01 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, 4. Februar 2021

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Deutscher Realschullehrer

Mitglied im Deutschen Beamtenbund (dbb) und im Deutschen Lehrerverband (DL)

Verband der Lehrerinnen und Lehrer im Sekundarbereich

Jürgen Böhm

Dachauer Str. 44 a · 80335 München

Tel.: +49 (89) 55 38 76

Fax: +49 (89) 55 38 19

info@vdr-bund.de

Verlag

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,

Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Layout

Daniela Boudgoust, www.bizzdesign.de

Chefredakteur

Karlheinz Kaden

Trift 1 · 29221 Celle

Tel.: +49 (51 41) 255 85

carlo-heinz.kaden@t-online.de

Redaktionsteam

Waltraud Erndl, Anton Huber, Bernd Karst

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers oder der Schriftleitung wieder.

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr.-Ing. Klaus Becker,

Dr. Matthias Burchardt,

Prof. Dr. Konrad Fees,

Prof. Dr. Jochen Krautz,

Prof. Dr. Thomas Retzmann

Zuschriften

Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke erbeten an die Schriftleitung. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Verantwortung, für unverlangt eingehende Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt. Alle Rechte, auch auszugsweisen Nachdrucks der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, bleiben vorbehalten.

Anzeigenverwaltung

A.V.I. Allgemeine Verlags- und

Informationengesellschaft mbH

Hauptstraße 68 a

30916 Isernhagen

Tel.: +49 (05139) 98 56 59-0

Fax: + 49 (05139)98 56 59-9

info@avi-fachmedien.de

z.z. gültige Preisliste Nr. 11 vom 1.1.2020

Bestellungen und Adressänderungen

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,

Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Bildmaterial

Soweit nicht anders gekennzeichnet, stammen die Fotos aus dem VDR-Archiv.

Erscheinungsweise

Die BILDUNG REAL erscheint 3 x jährlich.

Redaktionsschluss: 4 Wochen vor Erscheinen.

Bezugsbedingungen

Das Bezugsgeld ist für Mitglieder des VDR im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Inland: Jahresabonnement € 15,-

Einzelheft € 5,50 jeweils zuzüglich

Versandkosten. Alle Preise enthalten

die gesetzliche MwSt.

Ausland: Jahresabonnement € 18,-

zuzüglich Versandkosten und gesetzliche

MwSt.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um

ein Jahr, wenn bis zum 1. Dezember keine

Abbestellung vorliegt.

Erfüllungsort und Gerichtsstand

Pfaffenhofen

Anzeigenschluss für die Ausgabe Nr. 3-4/2021 ist der 3. Mai 2021



W **DoppelVorteil**

Wohnwünsche realisieren – doppelt profitieren. Kompetente Beratung und exklusive Vorteile für Sie und Ihre Familie.

Wer rechnen kann, will sicher nicht nur die Schüler ans Klassenziel führen, sondern auch die eigenen Ziele erreichen. Vertrauen Sie auf die Sicherheit und Kompetenz Ihrer Bausparkasse für den öffentlichen Dienst. dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen (Ehe-/Lebenspartner, Kinder, Enkel) profitieren zusätzlich: halbe Abschlussgebühr beim Bausparen und attraktive Zinsvorteile in der Baufinanzierung
dbb.wuestenrot-doppelvorteil.de/beratung

Besuchen Sie unsere Wüstenrot-Service-Center oder kontaktieren Sie uns per
E-Mail: dbb@wuestenrot.de
Telefon: 0228 2590-1532

 wohnen heißt
wüstenrot

Wüstenrot – eine Bausparkasse
für den öffentlichen Dienst.
**Partner im
dbb vorsorgewerk**

Die bessere Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst.

Ihre Vorteile auf einen Blick

- ✓ **Speziell ausgebildete Berater**
für den öffentlichen Dienst
- ✓ **Exklusive Vorteilsangebote**
für Mitglieder von Gewerkschaften
und Verbänden
- ✓ **Attraktive Produktvorteile**
unter www.bbbank.de/dbb
- ✓ **Informative Ratgeber und
regelmäßige Newsletter**
mit aktuellen Informationen aus
dem öffentlichen Dienst
- ✓ **Interessante Veranstaltungen**
wie z. B. Exklusive Abende für den
öffentlichen Dienst oder Fachvorträge
- ✓ **Seit fast 100 Jahren
Erfahrung und Kompetenz**
als Bank für Beamte und den
öffentlichen Dienst



Interesse geweckt?

Wir sind für Sie da:
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbbank.de
und auf www.bbbank.de/dbb

Folgen Sie uns

